

# Reichs-Gesetzblatt.

## N<sup>o</sup> 11.

**Inhalt:** Gesetz, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 77. — Gesetz, betreffend die Abänderung des Militärpensionsgesetzes. S. 78. — Gesetz, betreffend die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes, und des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten der Civilverwaltung. S. 80. — Zusatzabkommen zum Weltpostvertrage. S. 82. — Zusatzabkommen zum Uebereinkommen über den Austausch von Briefen mit Werthangabe. S. 97. — Zusatzabkommen zum Uebereinkommen über den Austausch von Postanweisungen. S. 100. — Zusatzabkommen zur Uebereinkunft über den Austausch von Postpaketen, nebst Schlußprotokoll. S. 104. — Uebereinkommen, betreffend den Postauftragdienst. S. 115.

(Nr. 1648.) Gesetz, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878. Vom 20. April 1886.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Die Dauer der Geltung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (Reichs-Gesetzbl. S. 351) wird hiermit bis zum 30. September 1888 verlängert.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insigne.

Gegeben Berlin, den 20. April 1886.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst von Bismarck.

(Nr. 1649.) Gesetz, betreffend die Abänderung des Militärpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871  
Vom 21. April 1886

# Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

## Artikel I.

An Stelle des §. 9 und des ersten Absatzes des §. 21 des Militärpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 275) treten folgende Vorschriften:

### §. 9.

Die Pension beträgt, wenn die Verabschiedung nach vollendetem zehnten, jedoch vor vollendetem elften Dienstjahre eintritt,  $\frac{15}{60}$  und steigt von da ab mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahre um  $\frac{1}{60}$  des pensionsfähigen Dienst Einkommens.

Ueber den Betrag von  $\frac{45}{60}$  dieses Dienst Einkommens hinaus findet eine Steigerung der Pension nicht statt.

In dem im §. 2 Absatz 2 erwähnten Falle beträgt die Pension  $\frac{15}{60}$ , in dem Falle des §. 5 höchstens  $\frac{15}{60}$  des pensionsfähigen Dienst Einkommens.

### §. 21.

Die Zeit, während welcher ein mit Pensionsansprüchen aus dem aktiven Dienste geschiedener Offizier oder im Offiziersrang stehender Militärarzt zu demselben wieder herangezogen worden ist und in einer etatsmäßigen Stellung Verwendung findet, begründet bei einer Gesamtdienstzeit von mindestens 10 Jahren mit jedem weiter erfüllten Dienstjahre den Anspruch auf Erhöhung der bisher bezogenen Pension und zwar: für die bis zum 1. April 1882 erfüllten Dienstjahre um je  $\frac{1}{80}$ , für die nach diesem Tage erfüllten Dienstjahre um je  $\frac{1}{60}$  des derselben zu Grunde liegenden pensionsfähigen Dienst Einkommens bis zur Erreichung des im §. 9 Absatz 2 bestimmten Höchstbetrages.

## Artikel II.

Die Pension der Offiziere, Militärärzte im Offiziersrang, Ingenieure des Soldatenstandes und Deckoffiziere, welche in der Zeit vom 1. April 1882 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Genuß der Pension getreten sind, wird nach Maßgabe des Artikels I §. 9 erhöht.

## Artikel III.

Für die bei Verkündung dieses Gesetzes bereits mit lebenslänglicher Pension ausgeschiedenen Offiziere, Militärärzte im Offiziersrang, Ingenieure des Soldatenstandes und Deckoffiziere, denen für die Theilnahme am letzten Kriege gegen

Frankreich mindestens ein Kriegsjahr in Anrechnung gebracht worden, gelten, unbeschadet der von ihnen etwa erworbenen höheren Ansprüche, folgende Bestimmungen:

- a) die Pension der nach dem 16. Juli 1870 pensionirten Offiziere u., welche nicht schon unter Artikel II fallen, wird nach den Vorschriften des Artikels I §. 9 anderweit festgestellt;
- b) die Pension der im Absatz 1 des §. 21 des Militärpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 gedachten Offiziere u. wird für jedes seit dem 16. Juli 1870 weiter erfüllte Dienstjahr — unter Wegfall der zeitlich gewährten Achtzigstel — um  $\frac{1}{60}$  des derselben zum Grunde liegenden pensionsfähigen Dienstinkommens — in den Grenzen des im Artikel I §. 9 Absatz 2 bestimmten Betrages — erhöht.

#### Artikel IV.

Die im Artikel I gegebenen Vorschriften finden ferner Anwendung auf die bei Verkündung dieses Gesetzes mit lebenslänglicher Pension ausgeschiedenen Offiziere, Militärärzte im Offiziersrang, Ingenieure des Soldatenstandes und Deckoffiziere der Kaiserlichen Marine, welche auf Grund des §. 52 des Militärpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 eine Pensionserhöhung erhalten, insofern die Betreffenden nicht schon unter Artikel II oder III fallen.

#### Artikel V.

Die nach dem Artikel I §. 21, II, III, IV sich ergebenden höheren Pensionen sind für die Zeit vom 1. April 1886 ab zuständig. Die Pensionserhöhungen fallen demjenigen Fonds zur Last, auf welchen die Pensionen der betreffenden Personen bisher angewiesen waren.

#### Artikel VI.

Für das Etatsjahr 1886/87 dürfen behufs Deckung der nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen dem Reichs-Invalidenfonds zur Last fallenden Mehrausgaben aus den Kapitalbeständen des letzteren die erforderlichen Mittel bis zum Höchstbetrage von  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark über die im Reichshaushalts-Stat (Kapitel 18 der Einnahmen) vorgesehene Summen hinaus flüssig gemacht werden.

#### Artikel VII.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 21. April 1886.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst von Bismarck.

(Nr. 1650.) Gesetz, betreffend die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes, und des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten der Civilverwaltung vom 20. April 1881. Vom 21. April 1886.

## Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen &c.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

### Artikel I.

Hinter §. 34 des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 (Reichs-Gesetzbl. S. 61) wird folgender neue §. 34 a eingestellt:

Bei denjenigen aus dem Dienste scheidenden Beamten, welche das fünfundschzigste Lebensjahr vollendet haben, ist eingetretene Dienstunfähigkeit nicht Vorbedingung des Anspruchs auf Pension.

### Artikel II.

An die Stelle des §. 41 Absatz 1 bis 3 und des §. 48 Absatz 1 des Reichsbeamtengesetzes treten folgende Vorschriften:

#### §. 41.

Die Pension beträgt, wenn die Versetzung in den Ruhestand nach vollendetem zehnten, jedoch vor vollendetem elften Dienstjahre eintritt,  $\frac{15}{60}$  und steigt von da ab mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahre um  $\frac{1}{60}$  des in den §§. 42 bis 44 bestimmten Dienststeinkommens.

Ueber den Betrag von  $\frac{45}{60}$  dieses Einkommens hinaus findet eine Steigerung nicht statt.

In dem im §. 36 erwähnten Falle beträgt die Pension  $\frac{15}{60}$ , im Falle des §. 39 höchstens  $\frac{15}{60}$  des vorbezeichneten Dienststeinkommens.

#### §. 48.

Die Dienstzeit, welche vor den Beginn des einundzwanzigsten Lebensjahres fällt, bleibt außer Berechnung.

### Artikel III.

Hinter §. 60 des Reichsbeamtengesetzes wird folgender neue §. 60 a eingestellt:

Sucht ein Beamter, welcher das fünfundschzigste Lebensjahr vollendet hat, seine Versetzung in den Ruhestand nicht nach, so kann

diese nach Anhörung des Beamten unter Beobachtung der Vorschriften der §§. 53 ff. in der nämlichen Weise verfügt werden, wie wenn der Beamte seine Pensionirung selbst beantragt hätte.

#### Artikel IV.

Den Beamten, welche in der Zeit vom 1. April 1882 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand eingetreten sind, wird die Pension, den Wittwen und Waisen, welche innerhalb dieses Zeitraumes den Anspruch auf Wittwen- und Waisengeld erlangt haben, das Wittwen- und Waisengeld vom 1. April 1886 nach Maßgabe des Artikels II dieses Gesetzes erhöht.

#### Artikel V.

Ist die nach Maßgabe dieses Gesetzes bemessene Pension geringer als die Pension, welche dem Beamten hätte gewährt werden müssen, wenn er am Tage vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nach den bis dahin für ihn geltenden Bestimmungen pensionirt worden wäre, so wird diese letztere Pension an Stelle der ersteren bewilligt.

#### Artikel VI.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

#### Artikel VII.

Dieses Gesetz findet auf die Mitglieder des Reichsgerichts keine Anwendung.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insigne.

Gegeben Berlin, den 21. April 1886.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst von Bismarck.

---

(Uebersetzung.)

## Union postale universelle.

## Weltpostverein.

(No. 1651.) Acte additionnel de Lisbonne à la Convention du 1<sup>er</sup> juin 1878, conclu entre l'Allemagne, les États-Unis d'Amérique, la République Argentine, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, la Bolivie, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, les États-Unis de Colombie, la République de Costa-Rica, le Danemark et les Colonies Danoises, la République Dominicaine, l'Égypte, l'Équateur, l'Espagne et les Colonies Espagnoles, la France et les Colonies Françaises, la Grande-Bretagne et diverses Colonies Anglaises, le Canada, l'Inde Britannique, la Grèce, le Guatemala, la République de Haïti, le Royaume de Hawaï, la République du Honduras, l'Italie, le Japon, la République de Libéria, le Luxembourg, le Mexique, le Monténégro, le Nicaragua, le Paraguay, les Pays-Bas et les Colonies Néerlandaises, le Pérou, la Perse, le Portugal et les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Russie, le Salvador, la Serbie, le Royaume de Siam, la Suède et Norvège, la Suisse, la Turquie, l'Uruguay et les États-Unis de Vénézuéla. Du 21 mars 1885.

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus désignés, réunis en Congrès à Lisbonne,

En vertu de l'article 19 de la Convention conclue à Paris le 1<sup>er</sup> juin 1878,

(Nr. 1651.) Vissabonner Zusatzabkommen zum Vertrage vom 1. Juni 1878, abgeschlossen zwischen Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika, der Argentinischen Republik, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Bolivien, Brasilien, Bulgarien, Chile, den Vereinigten Staaten von Columbien, der Republik Costa-Rica, Dänemark und den Dänischen Kolonien, der Republik San Domingo, Egypten, Ecuador, Spanien und den Spanischen Kolonien, Frankreich und den Französischen Kolonien, Großbritannien und verschiedenen Englischen Kolonien, Canada, Britisch-Indien, Griechenland, Guatemala, der Republik Haïti, dem Königreich Hawaï, der Republik Honduras, Italien, Japan, der Republik Liberia, Luxemburg, Mexiko, Montenegro, Nicaragua, Paraguay, Niederland und den Niederländischen Kolonien, Peru, Persien, Portugal und den Portugiesischen Kolonien, Rumänien, Rußland, Salvador, Serbien, dem Königreich Siam, Schweden und Norwegen, der Schweiz, der Türkei, Uruguay und den Vereinigten Staaten von Venezuela. Vom 21. März 1885.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der Regierungen der vorstehend bezeichneten Länder, welche in Gemäßheit des Artikels 19 des am 1. Juni 1878 in Paris abgeschlossenen Vertrages in Vissabon zu einem Kongress zusammengetreten sind, haben im gemeinsamen Einver-

Ont, d'un commun accord, et sous réserve de ratification, arrêté l'Acte additionnel suivant:

ständniß und unter Vorbehalt der Ratifikation das nachstehende Zusatzabkommen vereinbart.

#### ARTICLE PREMIER.

La Convention du 1<sup>er</sup> juin 1878 est modifiée comme suit:

##### I.

L'article 2 portera dorénavant la rédaction suivante:

#### ARTICLE 2.

Les dispositions de cette Convention s'étendent aux lettres, aux cartes postales simples et avec réponse payée, aux imprimés de toute nature, aux papiers d'affaires et aux échantillons de marchandises, originaires de l'un des pays de l'Union et à destination d'un autre de ces pays. Elles s'appliquent également, quant au parcours dans le ressort de l'Union, à l'échange postal des objets ci-dessus entre les pays de l'Union et les pays étrangers à l'Union, toutes les fois que cet échange emprunte les services de deux des parties contractantes, au moins.

Tous les pays contractants ne sont pas tenus d'émettre des cartes avec réponse payée, mais ils assument l'obligation de renvoyer les cartes-réponse reçues des autres pays de l'Union.

#### Artikel 1.

Der Vertrag vom 1. Juni 1878 wird wie folgt abgeändert:

##### I.

Artikel 2 erhält folgende Fassung:

#### Artikel 2.

Die Bestimmungen dieses Vertrages erstrecken sich auf Briefe, einfache Postkarten und Postkarten mit bezahlter Antwort, Drucksachen jeder Art, Geschäftspapiere und Waarenproben, welche aus einem der Vereinsländer herrühren und nach einem anderen gerichtet sind. Auch finden diese Bestimmungen hinsichtlich der Beförderung innerhalb des Vereinsgebietes in gleicher Weise Anwendung auf den Postaustausch der vorbezeichneten Gegenstände zwischen Vereinsländern und fremden, dem Vereine nicht angehörigen Ländern, sofern bei diesem Austausch das Gebiet von mindestens zweien der vertragschließenden Theile berührt wird.

Die vertragschließenden Länder sind nicht gehalten, Postkarten mit bezahlter Antwort auszugeben, aber sie übernehmen die Verpflichtung, die aus anderen Vereinsländern eingegangenen Antwortkarten zurückzusenden.

II.

L'article 4 est modifié comme suit:

L'alinéa 8 est remplacé par la disposition ci-après:

- 2°. Que, partout où les frais de transit maritime sont fixés actuellement à 5 francs par kilogramme de lettres ou de cartes postales, et à 50 centimes par kilogramme d'autres objets, ces prix sont maintenus.

L'alinéa 13 est modifié comme suit:

Le décompte général de ces frais a lieu sur la base de relevés établis tous les trois ans, pendant une période de 28 jours à déterminer dans le Règlement d'exécution prévu par l'article 14 ci-après.

Le 14° alinéa est remplacé par la disposition suivante:

Sont exempts de tous frais de transit territorial ou maritime, la correspondance des Administrations postales entre elles, les cartes postales-réponse renvoyées au pays d'origine, les objets réexpédiés ou mal dirigés, les rebuts, les avis de réception, les mandats de poste ou avis d'émission de mandats, et tous autres documents relatifs au service postal.

II.

Artikel 4 wird wie folgt abgeändert:

Der 8. Absatz wird durch nachstehende Bestimmung ersetzt:

2. daß überall, wo die See-Transitgebühren gegenwärtig auf 5 Franken für jedes Kilogramm Briefe oder Postkarten und auf 50 Centimen für jedes Kilogramm anderer Gegenstände festgesetzt sind, diese Vergütungssätze beibehalten werden.

Der 13. Absatz wird wie folgt abgeändert:

Die Abrechnung über diese Gebühren erfolgt auf Grund von Nachweisungen, welche alle drei Jahre während eines Zeitraumes von 28 Tagen aufgestellt werden, der durch die im nachfolgenden Artikel 14 vorgesehene Ausführungs-Uebereinkunft zu bestimmen ist.

Der 14. Absatz wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

Korrespondenz, welche die Postverwaltungen unter sich austauschen, ferner nach dem Ursprungslande zurückgesandte Antwort-Postkarten, nachgesandte oder unrichtig geleitete Gegenstände, unanbringliche Sendungen, Rückscheine, Postanweisungen oder Einzahlungsscheine über Postanweisungen und alle anderen postdienstlichen Schriftstücke sind von Land- und See-Transitgebühren befreit.



## III.

L'article 5 est modifié comme suit:

Le 3<sup>e</sup> alinéa portera dorénavant:

2<sup>e</sup>. Pour les cartes postales, à 10 centimes pour la carte simple ou pour chacune des deux parties de la carte avec réponse payée.

La 2<sup>e</sup> phrase du 7<sup>e</sup> alinéa commençant par les mots »Par mesure de transition« est supprimée.

Le 14<sup>e</sup> alinéa portera dorénavant:

4<sup>e</sup>. Enfin, aux paquets de papiers d'affaires et d'imprimés de toute nature dont le poids dépasse 2 kilogrammes ou qui présentent sur l'un des côtés une dimension supérieure à 45 centimètres.

## IV.

Il est intercalé entre les articles 5 et 6 un nouvel article ainsi conçu:

## ARTICLE 5 bis.

L'expéditeur d'un objet de correspondance peut le faire retirer du service ou en faire modifier l'adresse, tant que cet objet n'a pas été livré au destinataire.

La demande à formuler à cet effet est transmise par voie postale ou par voie télégraphique aux frais de l'expéditeur, qui doit payer, savoir:

## III.

Artikel 5 wird wie folgt abgeändert:

Der 3. Absatz lautet künftig:

2. bei Postkarten 10 Centimen für jede einfache Karte oder für jeden der beiden Theile der Karte mit bezahlter Antwort.

Der zweite Satz des 7. Absatzes, welcher mit den Worten »Als Uebergangsmaßregel kann« beginnt, wird gestrichen.

Der 14. Absatz lautet künftig:

4. Sendungen mit Geschäftspapieren oder Drucksachen jeder Art, deren Gewicht 2 Kilogramm übersteigt, oder welche an einer der Seiten eine Ausdehnung von mehr als 45 Centimeter haben.

## IV.

Zwischen Artikel 5 und 6 wird ein neuer Artikel mit folgender Fassung eingeschaltet:

## Artikel 5 b.

Der Absender einer Briefsendung kann dieselbe zurücknehmen oder ihre Aufschrift abändern lassen, so lange die Sendung dem Empfänger noch nicht ausgehändigt ist.

Das hierauf bezügliche Verlangen wird entweder brieflich oder telegraphisch auf Kosten des Absenders übermittelt. Letzterer hat dafür zu entrichten:

- 1°. Pour toute demande par voie postale, la taxe applicable à une lettre simple recommandée;
- 2°. Pour toute demande par voie télégraphique, la taxe du télégramme d'après le tarif ordinaire.

Les dispositions du présent article ne sont pas obligatoires pour les pays dont la législation ne permet pas à l'expéditeur de disposer d'un envoi en cours de transport.

## V.

Les cinq derniers alinéas de l'article 6, depuis les mots »En cas de perte d'un envoi recommandé« etc., sont supprimés, et il est ajouté, à la suite du même article, un nouvel article portant:

## ARTICLE 6 bis.

En cas de perte d'un envoi recommandé et sauf le cas de force majeure, l'expéditeur ou, sur sa demande, le destinataire a droit à une indemnité de 50 francs.

L'obligation de payer l'indemnité incombe à l'Administration dont relève le bureau expéditeur. Est réservé à cette Administration le recours contre l'Administration responsable, c'est-à-dire contre l'Administration sur le territoire ou dans le service de laquelle la perte a eu lieu.

1. wenn die Uebermittlung brieflich erfolgt, die Taxe für einen einfachen Einschreibbrief;
2. wenn die Uebermittlung auf telegraphischem Wege geschieht, die Taxe des Telegrammes nach dem gewöhnlichen Tarif.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels sind für diejenigen Länder nicht verbindlich, deren Gesetzgebung dem Absender nicht gestattet, über eine Sendung während der Beförderung derselben zu verfügen.

## V.

Die fünf letzten Absätze des Artikels 6, von den Worten »Geht eine Einschreibsendung verloren« ab, werden gestrichen; hinter demselben Artikel wird folgender neue Artikel hinzugefügt:

## Artikel 6 b.

Geht eine Einschreibsendung verloren, so hat der Absender, oder auf dessen Verlangen der Empfänger, den Fall höherer Gewalt ausgenommen, Anspruch auf eine Entschädigung von 50 Franken.

Die Verpflichtung zur Zahlung des Ersatzbetrages liegt derjenigen Verwaltung ob, welcher die Aufgaben-Postanstalt angehört. Dieser Verwaltungen bleibt überlassen, ihren Anspruch gegen die verantwortliche Verwaltung, das heißt gegen diejenige, in deren Gebiet oder in deren Betrieb der Verlust stattgefunden hat, geltend zu machen.

Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'Administration qui, ayant reçu l'objet sans faire d'observation, ne peut établir ni la délivrance au destinataire ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à l'Administration suivante.

Le paiement de l'indemnité par l'Office expéditeur doit avoir lieu le plus tôt possible et, au plus tard, dans le délai d'un an à partir du jour de la réclamation. L'Office responsable est tenu de rembourser sans retard, à l'Office expéditeur, le montant de l'indemnité payée par celui-ci.

Il est entendu que la réclamation n'est admise que dans le délai d'un an, à partir du dépôt à la poste de l'envoi recommandé; passé ce terme, le réclamant n'a droit à aucune indemnité.

Si la perte a eu lieu en cours de transport entre les bureaux d'échange de deux pays limitrophes, sans qu'il soit possible d'établir sur lequel des deux territoires le fait s'est accompli, les deux Administrations en cause supportent le dommage par moitié.

Les Administrations cessent d'être responsables des envois recommandés dont les ayants droit ont donné reçu et pris livraison.

Bis zum Nachweise des Gegentheils liegt die Verantwortlichkeit derjenigen Verwaltung ob, welche den Gegenstand unbeanstandet übernommen hat und weder dessen Aushändigung an den Empfänger, noch, eintretendenfalls, die vorschriftsmäßige Weiterführung an die folgende Verwaltung nachweisen kann.

Die Zahlung des Ersatzbetrages durch die Verwaltung des Aufgabengebietes soll sobald als möglich und spätestens innerhalb eines Jahres, vom Tage der Nachfrage ab gerechnet, stattfinden. Die verantwortliche Verwaltung ist verpflichtet, der Verwaltung des Aufgabengebietes den von derselben gezahlten Ersatzbetrag ohne Verzug zu erstatten.

Man ist darüber einverstanden, daß der Anspruch auf Entschädigung nur zulässig ist, wenn derselbe innerhalb eines Jahres, vom Tage der Aufgabe der Einschreibsendung an gerechnet, erhoben wird; nach Ablauf dieses Zeitraumes steht dem Absender ein Anspruch auf irgend eine Entschädigung nicht zu.

Wenn der Verlust auf der Beförderungstrecke zwischen den Auswechslungs-Postanstalten zweier angrenzender Länder stattgefunden hat, ohne daß festgestellt werden kann, auf welchem der beiden Gebiete dies geschehen ist, so wird der Schaden von den betreffenden beiden Verwaltungen zu gleichen Theilen getragen.

Die Ersatzverbindlichkeit der Postverwaltungen für Einschreibsendungen hört auf, sobald der Empfangsberechtigte Quittung erteilt und die Sendung übernommen hat.

Par mesure de transition, il est permis aux Administrations des pays hors d'Europe, dont la législation est actuellement contraire au principe de la responsabilité, d'ajourner l'application de la clause qui précède jusqu'au jour où elles auront pu obtenir, du pouvoir législatif, l'autorisation d'y souscrire. Jusqu'à ce moment, les autres Administrations de l'Union ne sont pas astreintes à payer une indemnité pour la perte, dans leurs services respectifs, d'envois recommandés à destination ou provenant desdits pays.

## VI.

Il est intercalé entre les articles 9 et 10 un nouvel article ainsi conçu:

## ARTICLE 9 bis.

Les objets de correspondance de toute nature sont, à la demande des expéditeurs, remis à domicile par un porteur spécial immédiatement après l'arrivée, dans les pays de l'Union qui consentent à se charger de ce service dans leurs relations réciproques.

Ces envois, qui sont qualifiés »exprès«, sont soumis à une taxe spéciale de remise à domicile; cette taxe est fixée à 30 centimes et doit être acquittée complètement et à l'avance, par l'expéditeur, en sus du port ordinaire. Elle est acquise à l'Administration du pays d'origine.

Als Uebergangsmaßregel ist denjenigen Verwaltungen der außereuropäischen Länder, deren Gesetzgebung gegenwärtig dem Grundsatz der Gewährleistung entgegensteht, gestattet, die Anwendung der vorhergehenden Bestimmung so lange auszusetzen, bis dieselben von ihrer gesetzgebenden Gewalt die Ermächtigung zur Annahme dieses Grundsatzes erhalten haben. Bis zu diesem Zeitpunkte sind die anderen Vereinsverwaltungen zur Zahlung einer Entschädigung für die auf ihrem Gebiete verloren gegangenen Einschreibsendungen nach oder aus den betreffenden Ländern nicht verbunden.

## VI.

Zwischen Artikel 9 und 10 wird ein neuer Artikel mit folgendem Wortlaut eingeschaltet:

## Artikel 9 b.

Brieffsendungen jeder Art werden auf Verlangen des Absenders dem Empfänger sogleich nach der Ankunft durch besonderen Boten zugestellt in denjenigen Vereinsländern, welche einwilligen, sich in ihrem gegenseitigen Verkehr mit diesem Dienstzweige zu befassen.

Diese Sendungen, welche »Eilsendungen« genannt werden, unterliegen einer besonderen Bestellgebühr, welche auf 30 Centimen festgesetzt ist und vom Absender, neben dem gewöhnlichen Porto, zum vollen Betrage im Voraus entrichtet werden muß. Diese Gebühr verbleibt der Verwaltung des Aufgabebietes.

Lorsque l'objet est destiné à une localité où il n'existe pas de bureau de poste, l'Administration des postes destinataire peut percevoir une taxe complémentaire, jusqu'à concurrence du prix fixé pour la remise par exprès dans son service interne, déduction faite de la taxe fixe payée par l'expéditeur, ou de son équivalent dans la monnaie du pays qui perçoit ce complément.

Les objets exprès non complètement affranchis pour le montant total des taxes payables à l'avance, sont distribués par les moyens ordinaires.

## VII.

L'article 10 portera dorénavant la rédaction suivante:

## ARTICLE 10.

Il n'est perçu aucun supplément de taxe pour la réexpédition d'envois postaux dans l'intérieur de l'Union.

Les correspondances tombées en rebut ne donnent pas lieu à restitution des droits de transit revenant aux Administrations intermédiaires, pour le transport antérieur desdites correspondances.

## VIII.

Les trois premiers alinéas de l'article 11 sont supprimés et remplacés par les dispositions suivantes:

Ist der Gegenstand nach einem Orte ohne Postanstalt gerichtet, so kann die Postverwaltung des Bestimmungsgebietes eine Ergänzungsgebühr bis zur Höhe desjenigen Betrages erheben, den sie in ihrem inneren Verkehr für die Eilbestellung festgesetzt hat, unter Anrechnung der vom Absender entrichteten Gebühr oder des entsprechenden Betrages in der Währung des die Ergänzungsgebühr erhebenden Landes.

Eilsendungen, welche nicht zum vollen Betrage der im Voraus zu entrichtenden Taxen frankirt sind, werden auf dem gewöhnlichen Wege bestellt.

## VII.

Artikel 10 erhält folgende Fassung:

## Artikel 10.

Für die Nachsendung von Postsendungen innerhalb des Vereinsgebietes wird ein Nachschußporto nicht erhoben.

Bei unbestellbar gebliebenen Sendungen tritt eine Erstattung der den beteiligten Verwaltungen für die erstmalige Beförderung dieser Sendungen zukommenden Transitgebühren nicht ein.

## VIII.

Die drei ersten Absätze des Artikels 11 werden gestrichen und durch nachstehende Bestimmungen ersetzt:

Il est interdit au public d'expédier par la voie de la poste:

- 1°. Des lettres ou paquets contenant des pièces de monnaie;
- 2°. Des envois quelconques contenant des objets passibles de droits de douane;
- 3°. Des matières d'or ou d'argent, des pierreries, des bijoux ou autres objets précieux, mais seulement dans le cas où leur insertion ou expédition serait défendue d'après la législation des pays intéressés.

## IX.

L'article 13 est modifié comme suit:

## ARTICLE 13.

Le service des lettres avec valeurs déclarées, et ceux des mandats de poste, des colis postaux, des valeurs à recouvrer, des livrets d'identité, etc., font l'objet d'arrangements particuliers entre les divers pays ou groupes de pays de l'Union.

## X.

La finale du dernier alinéa de l'article 14 à partir des mots »pour les conditions de la remise des lettres par exprès«, etc., est supprimée, et cet alinéa portera dorénavant:

Il est toutefois permis aux Administrations intéressées de s'entendre mutuellement pour l'adoption de taxes réduites dans un rayon de 30 kilomètres.

Folgende Gegenstände dürfen mit der Briefpost nicht versandt werden:

1. Briefe oder Pakete, welche Geldstücke enthalten;
2. irgend welche Sendungen, die zollpflichtige Gegenstände enthalten;
3. Gold- oder Silbersachen, Edelsteine, Schmucksachen und andere kostbare Gegenstände, aber nur in dem Falle, daß das Hineinlegen solcher Gegenstände in Brieffsendungen oder ihre Beförderung mit der Briefpost durch die Gesetzgebung der betreffenden Länder verboten ist.

## IX.

Artikel 13 wird wie folgt abgeändert:

## Artikel 13.

Der Austausch von Briefen mit Werthangabe, von Postanweisungen, von Postpaketen und von Postaufträgen, die Einführung von Ausweisbüchern u. s. w. bilden den Gegenstand besonderer Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Ländern oder Ländergruppen des Vereins.

## X.

Der Schluß des letzten Absatzes des Artikels 14 von den Worten ab »wegen Einführung des . . .« wird mit Ausnahme der Worte »unter sich Vereinbarungen zu treffen« gestrichen, so daß der Absatz künftig lautet:

Den beteiligten Verwaltungen ist jedoch gestattet, wegen Festsetzung ermäßigter Taxen für den Verkehr im Grenzbezirke von 30 Kilometer unter sich Vereinbarungen zu treffen.

XI.

Le 1<sup>er</sup> alinéa de l'article 15 reçoit la rédaction suivante:

La présente Convention ne porte point altération à la législation de chaque pays dans tout ce qui n'est pas prévu par les stipulations contenues dans cette Convention.

XII.

L'article 17 est modifié comme suit:

ARTICLE 17.

En cas de dissentiment entre deux ou plusieurs membres de l'Union, relativement à l'interprétation de la présente Convention ou à la responsabilité d'une Administration en cas de perte d'un envoi recommandé, la question en litige est réglée par jugement arbitral. A cet effet, chacune des Administrations en cause choisit un autre membre de l'Union qui n'est pas directement intéressé dans l'affaire.

La décision des arbitres est donnée à la majorité absolue des voix.

En cas de partage des voix, les arbitres choisissent, pour trancher le différend, une autre Administration également désintéressée dans le litige.

Les dispositions du présent article s'appliquent également à tous les Arrangements conclus en vertu de l'article 13 de la Convention du 1<sup>er</sup> juin 1878, modifié par l'article 1<sup>er</sup>, chiffre IX, du présent Acte additionnel.

XI.

Der 1. Absatz des Artikels 15 erhält folgende Fassung:

Der gegenwärtige Vertrag berührt in keiner Weise die innere Gesetzgebung der Länder in allem, was durch die in diesem Vertrage enthaltenen Bestimmungen nicht vorgesehen worden ist.

XII.

Artikel 17 wird wie folgt abgeändert:

Artikel 17.

Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei oder mehreren Mitgliedern des Vereins über die Auslegung des gegenwärtigen Vertrages oder hinsichtlich der Verantwortlichkeit einer Verwaltung im Falle des Verlustes einer Einschreibsendung sollen durch ein Schiedsgericht ausgetragen werden, zu welchem jede der beteiligten Verwaltungen ein anderes, bei der Angelegenheit nicht unmittelbar beteiligtes Vereinsmitglied wählt.

Das Schiedsgericht entscheidet nach einfacher Stimmenmehrheit.

Bei Stimmgleichheit wählen die Teilnehmer des Schiedsgerichts zur Entscheidung der streitigen Frage eine andere, bei der Angelegenheit gleichfalls unbeteiligte Verwaltung.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden auch Anwendung auf alle Uebereinkommen, welche in Gemäßheit des durch Artikel 1 Ziffer IX des gegenwärtigen Zusatzabkommens abgeänderten Artikels 13 des Vertrages vom 1. Juni 1878 abgeschlossen sind.

## XIII.

Les 2° et 3° alinéas de l'article 20 porteront dorénavant:

1°. L'unanimité des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions du présent article et des articles 2, 3, 4, 5, 5 bis, 6, 6 bis, 9 et 9 bis précédents;

2°. Les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions de la Convention autres que celles des articles 2, 3, 4, 5, 5 bis, 6, 6 bis, 9, 9 bis et 20.

## ARTICLE 2.

1. Le présent Acte additionnel entrera en vigueur le 1<sup>er</sup> avril 1886 et aura la même durée que la Convention conclue à Paris le 1<sup>er</sup> juin 1878.

2. Il sera ratifié aussitôt que faire se pourra. Les actes de ratification seront échangés à Lisbonne.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des pays ci-dessus énumérés ont signé le présent Acte additionnel à Lisbonne, le vingt et un mars mil huit cent quatre-vingt-cinq.

**Pour l'Allemagne:**

Sachse.

Fritsch.

**Pour les États-Unis  
d'Amérique:**

William J. Otto.

Jas. S. Crawford.

**Pour la République****Argentine:**

F. P. Hansen.

**Pour l'Autriche:**

Dewez.

Varges.

**Pour la Hongrie:**

Gervay.

## XIII.

Der 2. und 3. Absatz des Artikels 20 lauten künftig:

1. Einstimmigkeit, wenn es sich um Abänderung der Bestimmungen in dem gegenwärtigen Artikel und in den vorhergehenden Artikeln 2, 3, 4, 5, 5b, 6, 6b, 9 und 9b handelt;

2. zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um die Abänderung anderer Vertragsbestimmungen handelt, als derjenigen der Artikel 2, 3, 4, 5, 5b, 6, 6b, 9, 9b und 20.

## Artikel 2.

1. Das gegenwärtige Zusatzabkommen wird am 1. April 1886 in Kraft treten und gleiche Dauer haben wie der am 1. Juni 1878 zu Paris abgeschlossene Vertrag.

2. Dasselbe soll sobald als möglich ratifiziert werden. Die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden soll zu Lissabon stattfinden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der oben bezeichneten Länder das gegenwärtige Zusatzabkommen unterzeichnet zu Lissabon, den einundzwanzigsten März Eintausend achthundertundfünf- undachtzig.

**Pour la Belgique:**

F. Gife.

**Pour la Bolivie:**

Joaquin Caso.

**Pour le Brésil:**

Luiz C. P. Guimarães.

**Pour la Bulgarie:**

R. Ivanoff.



- Pour le Chili:**  
M. Martinez.
- Pour les États-Unis de Colombie:**  
César Conto.
- Pour la République de Costa-Rica:**
- Pour le Danemark et les Colonies Danoises:**  
Lund.
- Pour la République Dominicaine:**  
P. Gomes da Silva.
- Pour L'Égypte:**  
W. F. Halton.
- Pour l'Équateur:**  
A. Flores.
- Pour l'Espagne et les Colonies Espagnoles:**  
S. Alvarez Bugallal.  
A. Herce.
- Pour la France:**  
Laboulaye.  
A. Besnier.
- Pour les Colonies Françaises:**  
Laboulaye.
- Pour la Grande-Bretagne et diverses Colonies Anglaises:**  
S. A. Blackwood.  
H. Buxton Forman.
- Pour le Canada:**  
S. A. Blackwood.  
H. Buxton Forman.
- Pour l'Inde Britannique:**  
H. E. M. James.
- Pour la Grèce:**  
Eugène Borel.
- Pour le Guatemala:**  
J<sup>r</sup> Carrera.
- Pour la République de Haïti:**  
Laboulaye.  
Ansault.
- Pour le Royaume de Hawaï:**  
Eugène Borel.
- Pour la République du Honduras:**  
J<sup>r</sup> Carrera.
- Pour l'Italie:**  
J. B. Tantesio.
- Pour le Japon:**  
Yasushi Nomura.
- Pour la République de Libéria:**  
Comte Senmarti.
- Pour le Luxembourg:**  
Ch. Rischard.
- Pour le Mexique:**  
L. Breton y Vedra.
- Pour le Monténégro:**  
Dewez.  
Varges.
- Pour le Nicaragua:**  
Manuel J. Alves Diniz.
- Pour le Paraguay:**  
F. A. Rebello.
- Pour les Pays-Bas et les Colonies Néerlandaises:**  
Hofstede.  
B. Sweerts de Landas-Wyborgh.
- Pour le Pérou:**
- Pour la Perse:**  
N. Semino.
- Pour le Portugal:**  
Guilhermino Augusto de Barros.  
Ernesto Madeira Pinto.
- Pour les Colonies Portugaises:**  
Guilhermino Augusto de Barros.
- Pour la Roumanie:**  
Jon Glika.
- Pour la Russie:**  
N. de Besack.  
Georges de Poggenpohl.
- Pour le Salvador:**
- Pour la Serbie:**
- Pour le Royaume de Siam:**  
Prisdang.
- Pour la Suède:**  
W<sup>m</sup> Roos.
- Pour la Norvège:**  
Harald Asche.
- Pour la Suisse:**  
Ed. Höhn.
- Pour la Turquie:**
- Pour l'Uruguay:**  
Enrique Kubly.
- Pour le Vénézuéla:**  
J. L. Peres Crespo.

(Uebersetzung.)

## Protocole final.

## Schlussprotokoll.

Au moment de procéder à la signature des Conventions arrêtées par le Congrès postal universel de Lisbonne, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Im Begriff, zur Unterzeichnung der durch den Lissabonner Weltpostkongress vereinbarten Abkommen zu schreiten, sind die unterzeichneten Bevollmächtigten über Folgendes übereingekommen:

### I.

Le Pérou, le Salvador, la Serbie et la Turquie, qui font partie de l'Union postale, ne s'étant pas fait représenter au Congrès, le protocole leur reste ouvert pour adhérer aux Conventions qui y ont été conclues ou seulement à l'une ou l'autre d'entre elles. Il en est de même à l'égard de la République de Costa-Rica, dont le représentant n'assiste pas à la séance dans laquelle ces Actes seront signés.

### I.

Peru, Salvador, Serbien und der Türkei, welche dem Verein angehören, auf dem Kongress aber nicht vertreten sind, soll das Protokoll offen gehalten werden, um den daselbst abgeschlossenen Abkommen oder auch nur einem oder dem anderen derselben beizutreten. Das Gleiche ist der Fall für die Republik Costa-Rica, deren Vertreter der Sitzung, in welcher diese Abkommen werden unterzeichnet werden, nicht beiwohnt.

### II.

Les Colonies Britanniques de l'Australie et les Colonies Britanniques du Cap et de Natal seront admises à adhérer à ces Conventions, ou à l'une ou l'autre d'entre elles, et le protocole leur reste ouvert à cet effet.

### II.

Die Britischen Kolonien in Australien und die Britischen Kolonien Kapland und Natal sollen diesen Abkommen oder einem oder dem anderen derselben beitreten können, und es wird ihnen zu diesem Zweck das Protokoll offen gehalten.

### III.

Le protocole demeure ouvert en faveur des pays dont les représentants n'ont signé aujourd'hui que la Convention principale, ou un

### III.

Das Protokoll wird zu Gunsten der Länder, deren Vertreter heute nur den Hauptvertrag oder nur eine gewisse Zahl der durch den Kongress vereinbarten Ab-

certain nombre seulement des Conventions arrêtées par le Congrès, à l'effet de leur permettre d'adhérer aux autres Conventions signées ce jour, ou à l'une ou l'autre d'entre elles.

IV.

Les adhésions prévues aux articles I, II et III ci-dessus devront être notifiées au Gouvernement Portugais, par les Gouvernements respectifs, en la forme diplomatique. Le délai qui leur est accordé pour cette notification expirera le 1<sup>er</sup> février 1886.

V.

Les représentants des pays qui n'ont pas adhéré jusqu'ici à l'une ou l'autre des Conventions ci-après, savoir:

la Convention du 1<sup>er</sup> juin 1878;  
l'Arrangement, en date du 1<sup>er</sup> juin 1878, concernant l'échange des lettres avec valeurs déclarées;

l'Arrangement du 4 juin 1878, concernant l'échange des mandats de poste;

la Convention du 3 novembre 1880, concernant l'échange des colis postaux sans déclaration de valeur,

ayant été admis à participer aux Actes additionnels modifiant et complétant ces Conventions et Arrangements, leur signature au pied de l'un ou l'autre de ces Actes additionnels implique de leur part, sous réserve de ratification, adhésion, au

kommen unterzeichnet haben, offen gehalten, damit sie auch den übrigen heute unterzeichneten Abkommen oder einem oder dem anderen derselben beitreten können.

IV.

Die in den vorstehenden Artikeln I, II und III vorgesehenen Beitrittserklärungen müssen durch die betreffenden Regierungen in diplomatischer Form bei der Portugiesischen Regierung angemeldet werden. Die Frist, welche ihnen für diese Anmeldung bewilligt wird, läuft mit dem 1. Februar 1886 ab.

V.

Für die Vertreter der Länder, welche bis jetzt dem einen oder anderen der nachstehend aufgeführten Abkommen, nämlich:

Vertrag vom 1. Juni 1878;  
Uebereinkommen vom 1. Juni 1878, betreffend den Austausch von Briefen mit Werthangabe;

Uebereinkommen vom 4. Juni 1878, betreffend den Austausch von Postanweisungen;

Uebereinkunft vom 3. November 1880, betreffend den Austausch von Postpaketen ohne Werthangabe,

nicht beigetreten sind, aber an den diese Abkommen abändernden und ergänzenden Zusatzabkommen theilgenommen haben, schließt ihre Unterzeichnung des einen oder des anderen dieser Zusatzabkommen, unter Vorbehalt der Ratifikation, den Beitritt ihres Landes zu dem betreffenden Ver-

nom de leur pays, à la Convention ou à l'Arrangement auquel cet Acte additionnel se rapporte, et ce, à partir de la date de l'entrée en vigueur de ce dernier.

## VI.

Dans le cas où une ou plusieurs des parties contractantes aux Conventions postales signées aujourd'hui à Lisbonne, ne ratifieraient pas l'une ou l'autre de ces Conventions, cette Convention n'en sera pas moins valable pour les États qui l'auront ratifiée.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent protocole final, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même des Conventions auxquelles il se rapporte, et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement Portugais et dont une copie sera remise à chaque partie.

Lisbonne, le vingt et un mars mil huit cent quatre-vingt-cinq.

(Suivent les signatures.)

trage oder Uebereinkommen, und zwar vom Tage des Inkrafttretens des Zusatzabkommens ab, in sich.

## VI.

Für den Fall, daß einer oder mehrere der Theile, welche an den heute zu Vissabon unterzeichneten Abkommen betheiligt sind, das eine oder andere dieser Abkommen nicht ratifiziren sollten, bleiben diese letzteren nichtsdestoweniger für die Staaten, welche dieselben ratifizirt haben, verbindlich.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Schlußprotokoll aufgenommen, welches dieselbe Kraft und dieselbe Gültigkeit haben soll, als wenn seine Bestimmungen in den Text der betreffenden Abkommen selbst aufgenommen worden wären, und sie haben dieses Schlußprotokoll in einem Exemplar unterzeichnet, welches in dem Archiv der Portugiesischen Regierung niedergelegt und jedem Theile in Abschrift zugestellt werden wird.

Vissabon, den einundzwanzigsten März Eintausend achthundertundfünfundachtzig.

(Folgen die Unterschriften.)

(No. 1652.) Acte additionnel de Lisbonne à l'Arrangement concernant l'échange des lettres avec valeurs déclarées, conclu entre l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, la Bulgarie, le Danemark, les Colonies Danoises, la République Dominicaine, l'Egypte, l'Espagne, la France, les Colonies Françaises, l'Italie, le Luxembourg, les Pays-Bas, le Portugal, les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Russie, la Suède et Norvège, la Suisse et le Vénézuéla. Du 21 mars 1885.

(Nr. 1652.) Lissabonner Zusatzabkommen zum Uebereinkommen, betreffend den Austausch von Briefen mit Werthangabe, abgeschlossen zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Bulgarien, Dänemark, den Dänischen Kolonien, der Republik San Domingo, Egypten, Spanien, Frankreich, den Französischen Kolonien, Italien, Luxemburg, Niederland, Portugal, den Portugiesischen Kolonien, Rumänien, Rußland, Schweden und Norwegen, der Schweiz und Venezuela. Vom 21. März 1885.

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus désignés, réunis en Congrès à Lisbonne,

En vertu de l'article 16 de l'Arrangement conclu à Paris le 1<sup>er</sup> juin 1878, concernant l'échange des lettres avec valeurs déclarées,

Ont, d'un commun accord, et sous réserve de ratification, arrêté l'Acte additionnel suivant:

ARTICLE PREMIER.

L'Arrangement du 1<sup>er</sup> juin 1878, concernant l'échange des lettres avec valeurs déclarées, est modifié comme suit:

I.

L'article 1<sup>er</sup> est modifié dans ce sens que, au deuxième alinéa, le chiffre de 10 000 francs est substitué au chiffre de 5 000 francs.

II.

L'article 6 est complété par la disposition suivante, qui en formera le deuxième alinéa:

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der Regierungen der oben aufgeführten Länder, welche in Gemäßheit des Artikels 16 des am 1. Juni 1878 in Paris abgeschlossenen Uebereinkommens, betreffend den Austausch von Briefen mit Werthangabe, in Lissabon zu einem Kongreß zusammengetreten sind, haben im gemeinsamen Einverständniß und unter Vorbehalt der Ratifikation folgendes Zusatzabkommen abgeschlossen:

Artikel 1.

Das Uebereinkommen vom 1. Juni 1878, betreffend den Austausch von Briefen mit Werthangabe, wird wie folgt abgeändert:

I.

Artikel 1 wird dahin abgeändert, daß im 2. Absatz an Stelle von »5 000 Franken« »10 000 Franken« gesetzt wird.

II.

Artikel 6 wird durch nachstehende, den 2. Absatz desselben bildende Bestimmung ergänzt:

En cas de déclaration frauduleuse de cette nature, l'expéditeur perd tout droit à l'indemnité, sans préjudice des poursuites judiciaires que peut comporter la législation du pays d'origine.

### III.

L'article 8 est modifié comme suit:

Le deuxième alinéa du paragraphe premier reçoit la rédaction ci-après:

Toutefois, en cas de perte ou de spoliation partielle inférieure à la valeur déclarée, il n'est remboursé que le montant de la perte.

La phrase finale du cinquième alinéa du même paragraphe sera désormais ainsi conçue:

L'Office responsable est tenu de rembourser sans retard, et au moyen d'une traite ou d'un mandat de poste, à l'Office expéditeur, le montant de l'indemnité payée par celui-ci.

Le paragraphe 2 reçoit la rédaction suivante:

L'Administration pour le compte de laquelle est opéré le remboursement du montant des valeurs déclarées non parvenues à destination, est subrogée dans tous les droits du propriétaire.

Les mots »et pris livraison« sont supprimés à la fin du paragraphe 4.

### IV.

Le deuxième alinéa de l'article 13 est modifié comme suit:

Im Falle einer derartigen betrügerischen Angabe verliert der Absender jedes Recht auf Schadenersatz, unbeschadet der etwa durch die Gesetzgebung des Ursprungslandes vorgesehenen gerichtlichen Verfolgung.

### III.

Artikel 8 wird wie folgt abgeändert:

Der 2. Absatz des ersten Paragraphen erhält nachstehende Fassung:

Indeß wird im Falle eines theilweisen Verlustes oder einer theilweisen Beraubung, welche den angegebenen Werthbetrag nicht erreichen, nur der Betrag des Verlustes ersetzt.

Der Schlusssatz des 5. Absatzes desselben Paragraphen hat künftig folgenden Wortlaut:

Die verantwortliche Verwaltung ist verpflichtet, der Verwaltung des Aufgabebietes den von derselben gezahlten Ersatzbetrag ohne Verzug mittelst Wechsels oder Postanweisung zu erstatten.

Der Paragraph 2 erhält folgende Fassung:

Diejenige Verwaltung, für deren Rechnung die Ersatzleistung für abhanden gekommene Werthbeträge erfolgt, tritt in alle Rechte des Eigenthümers ein.

Die Worte »und die Sendung übernommen« am Schluß des Paragraphen 4 werden gestrichen.

### IV.

Der 2. Absatz des Artikels 13 wird wie folgt abgeändert:

1°. L'unanimité des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions du présent article et des articles 1, 2, 3, 4 et 8 précédents;

**ARTICLE 2.**

1. Le présent Acte additionnel entrera en vigueur le 1<sup>er</sup> avril 1886.

2. Il sera ratifié aussitôt que faire se pourra. Les actes de ratification seront échangés à Lisbonne.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des pays ci-dessus énumérés ont signé le présent Acte additionnel à Lisbonne, le vingt et un mars mil huit cent quatre-vingt-cinq.

1. Einstimmigkeit, wenn es sich um Abänderung der Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels und der vorstehenden Artikel 1, 2, 3, 4 und 8 handelt;

**Artikel 2.**

1. Das gegenwärtige Zusatzabkommen wird am 1. April 1886 in Kraft treten.

2. Dasselbe soll sobald als möglich ratifiziert werden. Die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden soll zu Lissabon stattfinden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der oben bezeichneten Länder das gegenwärtige Zusatzabkommen unterzeichnet zu Lissabon, den einundzwanzigsten März Eintausend achthundertundfünf- undachtzig.

**Pour l'Allemagne:**

Sachse.  
Fritsch.

**Pour l'Autriche:**

Dewez.  
Varges.

**Pour la Hongrie:**

Gervay.

**Pour la Belgique:**

F. Gife.

**Pour la Bulgarie:**

R. Ivanoff.

**Pour le Danemark  
et les Colonies Danoises:**

Lund.

**Pour la République  
Dominicaine:**

**Pour l'Égypte:**

W. F. Halton.

**Pour l'Espagne:**

S. Alvarez Bugallal.  
A. Herce.

**Pour la France:**

Laboulaye.  
A. Besnier.

**Pour les Colonies  
Françaises:**

Laboulaye.

**Pour l'Italie:**

J. B. Tantesio.

**Pour le Luxembourg:**

Ch. Rischard.

**Pour les Pays-Bas:**

Hofstede.  
B. Sweerts de Landas-Wyborgh.

**Pour le Portugal:**

Guilhermino Augusto de Barros.  
Ernesto Madeira Pinto.

**Pour les Colonies  
Portugaises:**

Guilhermino Augusto de Barros.

**Pour la Roumanie:**

**Pour la Russie:**

N. de Besack.  
Georges de Poggenpohl.

**Pour la Suède:**

W<sup>m</sup> Roos.

**Pour la Norvège:**

Harald Asche.

**Pour la Suisse:**

Ed. Höhn.

**Pour le Vénézuéla:**

J. L. Per<sup>t</sup> Crespo.

(Uebersetzung.)

(No. 1653.) Acte additionnel de Lisbonne à l'Arrangement concernant l'échange des mandats de poste, conclu entre l'Allemagne, la République Argentine, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, le Danemark, les Antilles Danoises, la République Dominicaine, l'Égypte, la France, les Colonies Françaises, l'Italie, le Japon, la République de Libéria, le Luxembourg, les Pays-Bas, la Perse, le Portugal, les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Suède et Norvège, la Suisse, l'Uruguay et le Vénézuéla. Du 21 mars 1885.

(Nr. 1653.) Lissabonner Zusatzabkommen zum Uebereinkommen, betreffend den Austausch von Postanweisungen, abgeschlossen zwischen Deutschland, der Argentinischen Republik, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, den Dänischen Antillen, der Republik San Domingo, Egypten, Frankreich, den Französischen Kolonien, Italien, Japan, der Republik Liberia, Luxemburg, Niederland, Persien, Portugal, den Portugiesischen Kolonien, Rumänien, Schweden und Norwegen, der Schweiz, Uruguay und Venezuela. Vom 21. März 1885.

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus désignés, réunis en Congrès à Lisbonne,

En vertu des articles 13 et 19 de la Convention conclue à Paris le 1<sup>er</sup> juin 1878,

Ont, d'un commun accord, et sous réserve de ratification, arrêté l'Acte additionnel suivant:

ARTICLE PREMIER.

Les modifications suivantes sont apportées à l'Arrangement du 4 juin 1878, concernant l'échange des mandats de poste:

I.

L'article 3 est modifié par l'adjonction, entre ses paragraphes 3 et 4, d'une nouvelle disposition ainsi conçue:

3 bis. L'expéditeur d'un mandat peut obtenir un avis de

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der Regierungen der oben bezeichneten Länder, welche in Gemäßheit der Artikel 13 und 19 des am 1. Juni 1878 in Paris abgeschlossenen Vertrages in Lissabon zu einem Kongress zusammengetreten sind, haben im gemeinsamen Einverständniß und unter Vorbehalt der Ratifikation folgendes Zusatzabkommen abgeschlossen:

Artikel 1.

Das Uebereinkommen vom 4. Juni 1878, betreffend den Austausch von Postanweisungen, erleidet folgende Abänderungen:

I.

Zwischen den Paragraphen 3 und 4 des Artikels 3 wird folgende neue Bestimmung eingeschaltet:

3b. Der Absender einer Postanweisung kann über die erfolgte



payement de ce mandat, en acquittant d'avance, au profit exclusif de l'Administration du pays d'origine, un droit fixe égal à celui qui est perçu dans ce pays pour les avis de réception des correspondances recommandées.

II.

Il est ajouté, entre les articles 3 et 4, un nouvel article ainsi conçu:

ARTICLE 3 bis.

1. Les mandats de poste peuvent être transmis par le télégraphe, dans les relations entre les Offices qui conviennent d'utiliser ce mode de transmission; ils sont qualifiés, en ce cas, de mandats télégraphiques.

2. L'expéditeur d'un mandat télégraphique a à payer:

1° La taxe ordinaire des mandats de poste;

2° La taxe du télégramme.

3. Les mandats télégraphiques peuvent, comme les télégrammes ordinaires et aux mêmes conditions que ces derniers, être soumis aux formalités de l'urgence, du collationnement et de la distribution par exprès ou par la poste. Ils peuvent, de même, donner lieu à des demandes d'accusé de réception.

4. Les mandats télégraphiques ne sont grevés d'aucuns frais autres que ceux prévus au présent article, ou que ceux qui peuvent être perçus en conformité des règlements télégraphiques internationaux.

Auszahlung derselben einen Schein (Auszahlungsschein) erhalten gegen eine im Voraus zu entrichtende, der Verwaltung des Ursprungslandes ungetheilt zufließende Gebühr in Höhe der in diesem Lande für Rückscheine zu Einschreibsendungen erhobenen Gebühr.

II.

Zwischen Artikel 3 und 4 wird folgender neue Artikel eingeschoben:

Artikel 3 b.

1. Die Postanweisungen können telegraphisch überwiesen werden im Verkehr zwischen denjenigen Postverwaltungen, welche übereinkommen, diese Uebermittelungsart zu benutzen; sie werden in solchem Falle telegraphische Postanweisungen genannt.

2. Der Aufgeber einer telegraphischen Postanweisung hat zu entrichten:

1 die gewöhnliche Postanweisungsgebühr;

2. die Gebühr für das Telegramm.

3. Die telegraphischen Postanweisungen können, in gleicher Weise und unter denselben Bedingungen wie die gewöhnlichen Telegramme, als dringende oder als verglichene bezeichnet und dem Empfänger durch Eilboten oder durch die Post zugeführt werden. Auch das Verlangen einer Empfangsanzeige ist zugelassen.

4. Die telegraphischen Postanweisungen werden keinen anderen Gebühren unterworfen als denjenigen, welche im gegenwärtigen Artikel vorgesehen sind oder deren Erhebung nach den internationalen Telegraphenordnungen zulässig ist.

III.

Dans le 1<sup>er</sup> paragraphe de l'article 4, les mots »en monnaie métallique« sont remplacés par les mots »en monnaie d'or«.

IV.

L'article 6 reçoit la rédaction suivante:

Les stipulations du présent Arrangement ne portent pas restriction au droit des parties contractantes de maintenir et de conclure des arrangements spéciaux, ainsi que de maintenir et d'établir des unions plus restreintes en vue de l'amélioration du service des mandats de poste internationaux.

V.

Les 2<sup>o</sup> et 3<sup>o</sup> alinéas de l'article 10 sont modifiés comme suit:

1<sup>o</sup>. L'unanimité des suffrages, s'il s'agit de la modification des articles 1, 2, 3, 3 bis, 4, 10 et 11 du présent Arrangement;

2<sup>o</sup>. Les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification de dispositions autres que celles des articles 1, 2, 3, 3 bis, 4, 10 et 11.

ARTICLE 2.

1. Le présent Acte additionnel entrera en vigueur le 1<sup>er</sup> avril 1886.

2. Il sera ratifié aussitôt que faire se pourra. Les actes de ratification seront échangés à Lisbonne.

III.

Im 1. Paragraphen des Artikels 4 werden die Worte »in klingender Münze« durch die Worte »in Goldgeld« ersetzt.

IV.

Artikel 6 erhält folgende Fassung:

Die Festsetzungen des gegenwärtigen Uebereinkommens beschränken nicht die Befugniß der vertragsschließenden Theile, besondere Abkommen unter sich bestehen zu lassen und neu zu treffen, sowie engere Vereine aufrecht zu erhalten oder neu zu gründen, zur weiteren Erleichterung des internationalen Postanweisungs-Verfahrens.

V.

Der 2. und 3. Absatz des Artikels 10 werden wie folgt abgeändert:

1. Einstimmigkeit, wenn es sich um Abänderung der Artikel 1, 2, 3, 3 b, 4, 10 und 11 des gegenwärtigen Uebereinkommens handelt;

2. zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um die Abänderung anderer Bestimmungen als derjenigen der Artikel 1, 2, 3, 3 b, 4, 10 und 11 handelt.

Artikel 2.

1. Das gegenwärtige Zusatzabkommen wird am 1. April 1886 in Kraft treten.

2. Dasselbe soll sobald als möglich ratifizirt werden. Die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden soll zu Lissabon stattfinden.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des pays ci-dessus énumérés ont signé le présent Acte additionnel à Lisbonne, le vingt et un mars mil huit cent quatre-vingt-cinq.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der oben bezeichneten Länder das gegenwärtige Uebereinkommen unterzeichnet zu Lissabon, den einundzwanzigsten März Eintausend achthundertundfünfundachtzig.

**Pour l'Allemagne:**

Sachse.  
Fritsch.

**Pour la République  
Argentine:**

F. P. Hansen.

**Pour l'Autriche:**

Dewez.  
Varges.

**Pour la Hongrie:**

Gervay.

**Pour la Belgique:**

F. Gife.

**Pour le Brésil:**

Luiz C. P. Guimarães.

**Pour la Bulgarie:**

R. Ivanoff.

**Pour le Chili:**

M. Martinez.

**Pour le Danemark  
et les Antilles Danoises:**

Lund.

**Pour la République  
Dominicaine:**

**Pour l'Égypte:**

W. F. Halton.

**Pour la France:**

Laboulaye.  
A. Besnier.

**Pour les Colonies  
Françaises:**

Laboulaye.

**Pour l'Italie:**

J. B. Tantesio.

**Pour le Japon:**

Yasushi Nomura.

**Pour le Luxembourg:**

Ch. Rischard.

**Pour les Pays-Bas:**

Hofstede.  
B. Sweerts de Landas-Wyborgh.

**Pour la Perse:**

**Pour le Portugal:**

Guilhermino Augusto de Barros.  
Ernesto Madeira Pinto.

**Pour les Colonies  
Portugaises:**

Guilhermino Augusto de Barros.

**Pour la Roumanie:**

Jon Ghika.

**Pour la Suède:**

W<sup>m</sup> Roos.

**Pour la Norvège:**

Harald Asche.

**Pour la Suisse:**

Ed. Höhn.

**Pour l'Uruguay:**

Enrique Kubly.

**Pour le Vénézuéla:**

**Pour la République  
de Libéria:**

Comte Senmarti.

(Uebersetzung.)

(No. 1654.) Acte additionnel de Lisbonne à la Convention du 3 novembre 1880 concernant l'échange des colis postaux sans déclaration de valeur, conclu entre l'Allemagne, la République Argentine, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, le Danemark, les Antilles Danoises, la République Dominicaine, l'Égypte, l'Espagne, la France, les Colonies Françaises, la Grèce, l'Italie, le Luxembourg, le Monténégro, le Paraguay, les Pays-Bas, la Perse, le Portugal, les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Serbie, la Suède et Norvège, la Suisse, la Turquie, l'Uruguay et le Vénézuéla. Du 21 mars 1885.

(Nr. 1654.) Vissabonner Zusatzabkommen zur Uebereinkunft vom 3. November 1880, betreffend den Austausch von Postpaketen ohne Werthangabe, abgeschlossen zwischen Deutschland, der Argentinischen Republik, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, den Dänischen Antillen, der Republik San Domingo, Egypten, Spanien, Frankreich, den Französischen Kolonien, Griechenland, Italien, Luxemburg, Montenegro, Paraguay, Niederland, Persien, Portugal, den Portugiesischen Kolonten, Rumänien, Serbien, Schweden und Norwegen, der Schweiz, der Türkei, Uruguay und Venezuela. Vom 21. März 1885.

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus désignés, réunis au Congrès de Lisbonne,

En vertu de l'article 16 de la Convention conclue le 3 novembre 1880, concernant l'échange des colis postaux sans déclaration de valeur,

Ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, arrêté l'Acte additionnel suivant:

ARTICLE PREMIER.

La Convention du 3 novembre 1880, concernant l'échange des colis postaux sans déclaration de valeur, est modifiée comme suit:

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der Regierungen der oben bezeichneten Länder, welche in Gemäßheit des Artikels 16 der am 3. November 1880 abgeschlossenen Uebereinkunft, betreffend den Austausch von Postpaketen ohne Werthangabe, in Vissabon zu einem Kongress zusammengetreten sind, haben im gemeinsamen Einverständniß und unter Vorbehalt der Ratifikation das nachstehende Zusatzabkommen abgeschlossen:

Artikel 1.

Die Uebereinkunft vom 3. November 1880, betreffend den Austausch von Postpaketen ohne Werthangabe, wird wie folgt abgeändert:

I.

L'article 1<sup>er</sup> est supprimé et remplacé par les dispositions suivantes:

ARTICLE PREMIER.

1. Il peut être expédié, sous la dénomination de colis postaux, de l'un des pays mentionnés ci-dessus pour un autre de ces pays, des colis avec ou sans valeur déclarée, jusqu'à concurrence de 5 kilogrammes. Ces colis peuvent être grevés de remboursement jusqu'au montant de 500 francs.

Toutefois, chaque pays peut, à son gré:

- a. limiter à 3 kilogrammes le poids des colis à admettre dans son service;
- b. ne pas se charger des colis avec déclaration de valeur, des colis grevés de remboursement, ni des colis encombrants.

Chaque pays fixe, en ce qui le concerne, la limite supérieure de la déclaration de valeur, laquelle ne peut, en aucun cas, descendre au-dessous de 500 francs.

Dans les relations entre deux ou plusieurs pays qui ont adopté des maxima différents, c'est la limite la plus basse qui doit être réciproquement observée.

2. Le Règlement d'exécution détermine les autres conditions auxquelles les colis sont admis au transport, et définit notam-

I.

Artikel 1 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Artikel 1.

1. Pakete mit oder ohne Werthangabe bis zum Gewicht von 5 Kilogramm können unter der Bezeichnung »Postpakete« aus einem der vorbezeichneten Länder nach einem anderen dieser Länder abgesandt werden. Auf diese Pakete können Nachnahmen bis zum Betrage von 500 Franken entnommen werden.

Jedem Lande steht jedoch frei, nach seinem Ermessen

- a) das Gewicht der in seinem Verkehr zulässigen Pakete auf 3 Kilogramm zu beschränken;
- b) sich mit der Beförderung von Paketen mit Werthangabe oder mit Nachnahme, sowie von sperrigen Paketen nicht zu befassen.

Jedes Land setzt für sein Gebiet den Meistbetrag der Werthangabe fest, welcher indeß in keinem Falle unter 500 Franken hinabgehen darf.

Im Verkehr zwischen zwei oder mehreren Ländern, welche Meistbeträge von verschiedener Höhe angenommen haben, muß die niedrigste Grenze gegenseitig eingehalten werden.

2. Die Ausführungs-Bestimmungen enthalten die sonstigen Bedingungen, unter welchen die Pakete zur Beförderung zugelassen werden,

ment les colis qui doivent être considérés comme encombrants.

## II.

Les dispositions suivantes sont ajoutées à l'article 3, comme paragraphes 3 et 4:

3. Pour les colis encombrants, les bonifications fixées par les paragraphes 1 et 2 précédents sont augmentées de 50 pour cent.

4. Indépendamment de ces frais de transit, l'Administration du pays d'origine est redevable, à titre de droit d'assurance pour les colis avec valeur déclarée, envers chacune des Administrations participant au transit territorial ou maritime avec responsabilité, d'un droit proportionnel égal à celui perçu pour les lettres avec valeurs déclarées.

## III.

a. Les dispositions suivantes sont ajoutées à l'article 5, comme paragraphes 2, 3 et 4:

2. Les colis encombrants sont soumis à une taxe additionnelle de 50 pour cent, qui est arrondie, s'il y a lieu, par 5 centimes.

3. Pour les colis avec valeur déclarée, il est ajouté un droit d'assurance égal à celui qui est perçu pour les lettres avec valeurs déclarées.

4. Il est perçu, sur l'expéditeur d'un colis grevé de remboursement, un droit spécial qui

und bezeichnen namentlich näher, welche Pakete als sperrig zu betrachten sind.

## II.

Die nachfolgenden Bestimmungen werden dem Artikel 3 als Paragraphen 3 und 4 angefügt:

3. Für sperrige Pakete werden die durch die vorstehenden Paragraphen 1 und 2 festgesetzten Vergütungssätze um 50 vom Hundert erhöht.

4. Außer diesen Transitgebühren hat die Verwaltung des Aufgabengebietes für Pakete mit angegebenem Werth an jede derjenigen Verwaltungen, welche bei der Land- oder See-Transitbeförderung verantwortlich theilhaft sind, eine Versicherungsgebühr in Höhe der für Briefe mit angegebenem Werth festgesetzten Versicherungsgebühr zu entrichten.

## III.

a. Die nachfolgenden Bestimmungen werden dem Artikel 5 als Paragraphen 2, 3 und 4 angefügt:

2. Die sperrigen Pakete unterliegen einer Zuschlagtaxe von 50 vom Hundert, welche nöthigenfalls auf eine durch 5 Centimen theilbare Summe abgerundet wird.

3. Bei Paketen mit Werthangabe tritt eine Versicherungsgebühr in Höhe der für Briefe mit Werthangabe erhobenen Versicherungsgebühr hinzu.

4. Vom Absender eines mit Nachnahme belasteten Packets wird eine besondere Gebühr erhoben, welche

ne peut pas dépasser 2 pour cent de la somme à encaisser.

L'Administration du pays d'origine a la faculté de percevoir au minimum 20 centimes et d'arrondir les fractions par 5 centimes.

Ce droit est partagé par moitié entre l'Office du pays d'origine et celui du pays de destination

b. Les paragraphes 2 et 3 du même article sont supprimés et remplacés par les paragraphes 5 et 6 suivants:

5. Comme mesure de transition, chacun des pays contractants a la faculté d'appliquer, aux colis postaux provenant ou à destination de ses bureaux, une surtaxe de 25 centimes par colis.

Exceptionnellement, cette surtaxe est élevée à 75 centimes pour la République Argentine, le Brésil, le Chili, le Paraguay, la Perse, la Suède et le Venezuela.

6. Le transport entre la France continentale d'une part, l'Algérie et la Corse de l'autre, donne également lieu à une surtaxe de 25 centimes par colis.

c. La disposition suivante est ajoutée à l'article 5, comme paragraphe 7:

7. L'envoyeur d'un colis postal peut obtenir un avis de réception de cet objet, en payant d'avance un droit fixe de 25 centimes au maximum. Ce

2 vom Hundert des Nachnahmebetrages nicht übersteigen darf.

Die Verwaltung des Ursprungslandes hat das Recht, einen Mindestsatz von 20 Centimen zu erheben und Bruchtheile auf volle 5 Centimen abzurunden.

Die Nachnahmegebühr wird zwischen der Verwaltung des Aufgabelandes und derjenigen des Bestimmungslandes halbscheidlich getheilt.

b. Die Paragraphen 2 und 3 desselben Artikels werden gestrichen und durch die nachstehenden Paragraphen 5 und 6 ersetzt:

5. Als Uebergangsmaßregel steht jedem der vertragschließenden Länder die Befugniß zu, für die bei seinen Anstalten zur Einlieferung gelangenden oder daselbst ankommenden Postpakete eine Zuschlagtagge von 25 Centimen für jedes Packet zu erheben.

Ausnahmsweise wird diese Zuschlagtagge für die Argentinische Republik, Brasilien, Chile, Paraguay, Persien, Schweden und Venezuela auf 75 Centimen erhöht.

6. Für die Beförderung zwischen dem Festlande von Frankreich einerseits, und Algerien und Korsika andererseits kommt ebenfalls eine Zuschlagtagge von 25 Centimen für jedes Packet zur Erhebung.

c. Folgende Bestimmung wird dem Artikel 5 als Paragraph 7 angefügt:

7. Der Absender eines Postpakets kann über diese Sendung gegen eine im Voraus zu entrichtende Gebühr von höchstens 25 Centimen einen Rückschein erhalten. Diese Gebühr

droit est acquis en entier à l'Administration du pays d'origine.

IV.

L'article 6 est supprimé et remplacé par les dispositions suivantes:

ARTICLE 6.

L'Office expéditeur bonifie pour chaque colis:

- a. A l'Office destinataire, 50 centimes, avec addition, s'il y a lieu, des surtaxes prévues aux paragraphes 2, 5 et 6 de l'article 5 précédent, de la moitié du droit de remboursement prévu au paragraphe 4 de cet article, et d'un droit de 5 centimes pour chaque 200 francs ou fraction de 200 francs de valeur déclarée.
- b. Eventuellement, à chaque Office intermédiaire, les droits fixés par l'article 3.

V.

L'article 9 est complété comme suit:

ARTICLE 9.

La réexpédition, d'un pays sur un autre, des colis postaux, par suite de changement de résidence des destinataires, ainsi que le renvoi des colis postaux tombés en rebut, donne lieu à la perception supplémentaire des taxes fixées par l'article 5, à la charge des destinataires ou, le cas échéant, des expéditeurs,

fließt ungetheilt der Verwaltung des Ursprungslandes zu.

IV.

Artikel 6 wird gestrichen und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Artikel 6.

Die absendende Verwaltung vergütet für jedes Packet:

- a) an die Verwaltung des Bestimmungsbereiches 50 Centimen, eintretendenfalls unter Hinzurechnung der in den Paragraphen 2, 5 und 6 des vorhergehenden Artikels 5 vorgesehenen Zuschlagtaxen, der Hälfte der im Paragraphen 4 dieses Artikels vorgesehenen Nachnahmegebühr und einer Gebühr von 5 Centimen für jede 200 Franken oder einen Theil von 200 Franken des angegebenen Werthbetrages;
- b) an jede etwaige Transitverwaltung die im Artikel 3 festgesetzten Gebühren.

V.

Artikel 9 wird wie folgt ergänzt:

Artikel 9.

Für die Nachsendung von Postpaketen aus einem Lande nach einem anderen, aus Anlaß der Wohnungsveränderung der Empfänger, imgleichen für die Rücksendung unbestellbarer Postpakete wird ein Nachschußporto auf Grund der im Artikel 5 festgesetzten Taxen von den Empfängern oder, eintretendenfalls, von den Absendern eingezogen, un-



sans préjudice du remboursement des droits de douane ou autres acquittés.

## VI.

L'article 10 est supprimé et remplacé par les dispositions suivantes:

### ARTICLE 10.

1. Il est interdit d'expédier par la voie de la poste des colis contenant, soit des lettres ou des notes ayant le caractère de correspondance, soit des objets dont l'admission n'est pas autorisée par les lois ou règlements de douane ou autres. Il est également interdit d'expédier des espèces monnayées, des matières d'or et d'argent et d'autres objets précieux, dans les colis sans valeur déclarée à destination des pays qui admettent la déclaration de valeur.

2. Dans le cas où un colis tombant sous l'une de ces prohibitions est livré par l'une des Administrations de l'Union à une autre Administration de l'Union, celle-ci procède de la manière et dans les formes prévues par sa législation et par ses règlements intérieurs.

## VII.

Les paragraphes 1 et 2 de l'article 11 sont remplacés par les dispositions suivantes:

1. Sauf le cas de force majeure, lorsqu'un colis postal a été perdu, spolié ou avarié, l'expé-

beschadet der Zurückzahlung von entrichteten Zoll- und sonstigen Gebühren.

## VI.

Artikel 10 wird gestrichen und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

### Artikel 10.

1. Es ist verboten, durch die Post Pakete zu versenden, in welchen Briefe oder den Charakter der Korrespondenz tragende Mittheilungen, oder aber solche Gegenstände enthalten sind, deren Zulassung durch die Zoll- und sonstigen Gesetze oder Verordnungen nicht gestattet ist. Ebenso ist es verboten, in Postpaketen ohne Werthangabe gemünztes Geld, Gold- oder Silberwaaren und andere kostbare Gegenstände nach solchen Ländern zu versenden, welche eine Werthangabe zulassen.

2. Falls eine Sendung, welche unter eines dieser Verbote fällt, von einer Vereinsverwaltung einer anderen Vereinsverwaltung überliefert wird, verfährt die letztere in der Weise und unter Beobachtung der Formen, welche durch ihre innere Gesetzgebung oder ihre inneren Verordnungen vorgesehen sind.

## VII.

Die Paragraphen 1 und 2 des Artikels 11 werden durch folgende Bestimmungen ersetzt:

1. Wenn ein Postpaket verloren geht, beraubt oder beschädigt wird, so hat, den Fall höherer Gewalt

diteur et, à défaut ou sur la demande de celui-ci, le destinataire, a droit à une indemnité correspondant au montant réel de la perte ou de l'avarie, sans toutefois que cette indemnité puisse dépasser, pour les colis ordinaires, 25 francs, et pour les colis avec valeur déclarée, le montant de cette valeur. Toutefois, pour les Administrations qui ont adopté la limite de 3 kilogrammes, l'indemnité, pour les colis sans valeur déclarée, ne peut pas excéder 15 francs.

L'expéditeur d'un colis perdu a, en outre, droit à la restitution des frais d'expédition.

2. L'obligation de payer l'indemnité incombe à l'Administration dont relève le bureau expéditeur. Est réservé à cette Administration le recours contre l'Administration responsable, c'est-à-dire contre l'Administration sur le territoire ou dans le service de laquelle la perte, spoliation ou avarie a eu lieu.

### VIII.

Les dispositions suivantes sont intercalées, comme articles 11 *bis* et 11 *ter*, entre les articles 11 et 12:

#### ARTICLE 11 *bis*.

Toute déclaration frauduleuse de valeurs supérieure à la valeur réelle du contenu d'un colis est interdite. En cas de déclaration

ausgenommen, der Absender, und in Ermangelung oder auf Verlangen desselben der Empfänger Anspruch auf einen dem wirklichen Betrage des Verlustes oder der Beschädigung entsprechenden Ersatz, ohne daß diese Entschädigung indeß bei gewöhnlichen Packeten 25 Franken und bei Packeten mit angegebenem Werth diesen Werthbetrag übersteigen darf. Für diejenigen Verwaltungen jedoch, welche die Gewichtsgrenze von 3 Kilogramm angenommen haben, darf der Ersatzbetrag für Packete ohne Werthangabe 15 Franken nicht übersteigen.

Der Absender eines in Verlust gerathenen Packets hat außerdem Anspruch auf Erstattung der Beförderungsgebühren.

2. Die Verpflichtung zur Zahlung des Ersatzbetrages liegt derjenigen Verwaltung ob, welcher die Aufgabe-Anstalt angehört. Dieser Verwaltung bleibt überlassen, ihren Anspruch gegen die verantwortliche Verwaltung, das heißt gegen diejenige, in deren Gebiet oder in deren Betrieb der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung stattgefunden hat, geltend zu machen.

### VIII.

Zwischen Artikel 11 und 12 werden folgende Bestimmungen als Artikel 11 b und 11 c eingeschaltet:

#### Artikel 11 b.

Jede betrügerische Angabe eines höheren als des wirklichen Werths des Packetinhalts ist verboten. Im Falle einer derartigen betrügerischen

frauduleuse de cette nature, l'expéditeur perd tout droit à une indemnité, sans préjudice des poursuites judiciaires que peut comporter la législation du pays d'origine.

ARTICLE 11 *ter*.

Chaque Administration peut, dans des circonstances extraordinaires qui sont de nature à justifier la mesure, suspendre temporairement le service des colis postaux d'une manière générale ou partielle, à la condition d'en donner immédiatement avis, au besoin par le télégraphe, à l'Administration ou aux Administrations intéressées.

IX.

Au paragraphe 2 de l'article 14, le terme de six mois est substitué au terme de quatre mois.

X.

Les nouveaux articles 11 *bis* et 11 *ter* sont intercalés au paragraphe 2, lettre *a*, de l'article 17 actuel, entre les chiffres 11 et 16.

ARTICLE 2.

1. Le présent Acte additionnel sera mis à exécution le 1<sup>er</sup> avril 1886.

2. Il sera ratifié aussitôt que faire se pourra. Les actes de ratification seront échangés à Lisbonne.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Acte additionnel à Lisbonne,

Angabe verliert der Absender jedes Recht auf Schadenersatz, unbeschadet der etwa durch die Gesetzgebung des Ursprungslandes vorgesehenen gerichtlichen Verfolgung.

Artikel 11 c.

Jede Verwaltung kann, unter außergewöhnlichen Verhältnissen, welche geeignet sind, eine derartige Maßnahme zu rechtfertigen, den Austausch von Postpaketen vorübergehend ganz oder theilweise einstellen, unter der Bedingung, daß die betheiligte Verwaltung oder die betheiligten Verwaltungen davon unverzüglich, nöthigenfalls auf telegraphischem Wege, in Kenntniß gesetzt werden.

IX.

Im Paragraphen 2 des Artikels 14 wird die Frist von 4 Monaten durch die Frist von 6 Monaten ersetzt.

X.

Die neuen Artikelzahlen 11 b und 11 c werden im Paragraphen 2 unter a des jetzigen Artikels 17 zwischen den Zahlen 11 und 16 eingeschaltet.

Artikel 2.

1. Das gegenwärtige Zusatzabkommen wird am 1. April 1886 zur Ausführung gebracht werden.

2. Dasselbe soll sobald als möglich ratifizirt werden. Die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden soll zu Lissabon stattfinden.

Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten das gegenwärtige Zusatzabkommen unterzeichnet zu

le vingt et un mars mil huit cent  
quatre-vingt-cinq.

Diffabon, den einundzwanzigsten März  
Eintausend achthundertundfünfundachtzig.

<b>Pour l'Allemagne:</b> Sachse. Fritsch.	<b>Pour l'Égypte:</b> W. F. Halton.	<b>Pour la Perse:</b>
<b>Pour la République Argentine:</b> E. P. Hansen.	<b>Pour l'Espagne:</b> S. Alvarez Bugallal. A. Herce.	<b>Pour le Portugal:</b> Guilhermino Augusto de Barros. Ernesto Madeira Pinto.
<b>Pour l'Autriche:</b> Dewez. Varges.	<b>Pour la France:</b> Laboulaye. A. Besnier.	<b>Pour les Colonies Portugaises:</b> Guilhermino Augusto de Barros.
<b>Pour la Hongrie:</b> Gervay.	<b>Pour les Colonies Françaises:</b> Laboulaye.	<b>Pour la Roumanie:</b>
<b>Pour la Belgique:</b> F. Gife.	<b>Pour la Grèce:</b> Eugène Borel.	<b>Pour la Serbie:</b>
<b>Pour le Brésil:</b> Luiz C. P. Guimarães.	<b>Pour l'Italie:</b> J. B. Tantesio.	<b>Pour la Suède:</b> W <sup>m</sup> Roos.
<b>Pour la Bulgarie:</b> R. Ivanoff.	<b>Pour le Luxembourg:</b> Ch. Rischard.	<b>Pour la Norvège:</b> Harald Asche.
<b>Pour le Chili:</b> M. Martinez.	<b>Pour le Monténégro:</b> Dewez. Varges.	<b>Pour la Suisse:</b> Ed. Höhn.
<b>Pour le Danemark et les Colonies Danoises:</b> Lund.	<b>Pour le Paraguay:</b> F. A. Rebello.	<b>Pour la Turquie:</b>
<b>Pour la République Dominicaine:</b>	<b>Pour les Pays-Bas:</b> Hofstede. B. Sweerts de Landas-Wyborgh.	<b>Pour l'Uruguay:</b> Enrique Kubly.
		<b>Pour le Vénézuéla:</b> J. L. Per <sup>o</sup> Crespo.

---

(Uebersetzung.)

## Protocole final.

## Schlußprotokoll.

Au moment de procéder à la signature de l'Acte additionnel conclu à la date de ce jour, relativement à l'échange des colis postaux, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Tout pays où la poste ne se charge pas actuellement du transport des petits colis et qui adhère à la Convention et à l'Acte additionnel susmentionnés, aura la faculté d'en faire exécuter les clauses par les entreprises de chemins de fer et de navigation. Il pourra en même temps limiter ce service aux colis provenant ou à destination de localités desservies par ces entreprises.

L'Administration postale de ce pays devra s'entendre avec les entreprises de chemins de fer et de navigation, pour assurer la complète exécution, par ces dernières, de toutes les clauses de la Convention et de l'Acte additionnel, spécialement pour organiser le service d'échange à la frontière.

Elle leur servira d'intermédiaire pour toutes leurs relations avec les Administrations postales des autres pays contractants et avec le Bureau international.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole final, qui aura la

Im Begriff, zur Unterzeichnung des am heutigen Tage abgeschlossenen Zusatzabkommens wegen des Austausches von Postpaketen zu schreiten, sind die unterzeichneten Bevollmächtigten über Folgendes übereingekommen:

Jedes Land, in welchem die Post sich zur Zeit nicht mit der Beförderung von kleinen Paketen befaßt, und welches der obenerwähnten Uebereinkunft und dem Zusatzabkommen beitrith, soll befugt sein, die darin enthaltenen Festsetzungen durch die Eisenbahn- und Schiffahrts-Unternehmungen ausführen zu lassen. Das betreffende Land kann den Austausch auf Pakete von und nach solchen Orten beschränken, auf welche der Dienst jener Unternehmungen sich erstreckt.

Die Postverwaltung eines solchen Landes hat sich mit den Eisenbahn- und Schiffahrts-Unternehmungen zu verständigen, um die vollständige Ausführung aller Festsetzungen der Uebereinkunft und des gegenwärtigen Zusatzabkommens durch dieselben sicher zu stellen und insbesondere den Auswechsellungsdienst an der Grenze einzurichten.

Sie wird den betreffenden Unternehmungen für alle Beziehungen mit den Postverwaltungen der übrigen vertragschließenden Länder, sowie mit dem internationalen Bureau zur Vermittelung dienen.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Schlußprotokoll aufgenommen,

même force et la même valeur que si les dispositions qu'il contient étaient insérées dans la Convention et dans l'Acte additionnel, et ils l'ont signé sur un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement Portugais et dont une copie sera remise à chaque partie.

Fait à Lisbonne, le vingt et un mars mil huit cent quatre-vingt-cinq.

(Suivent les signatures.)

welches dieselbe Kraft und dieselbe Gültigkeit haben soll, als wenn die darin enthaltenen Bestimmungen in die Uebereinkunft und in das Zusatzabkommen selbst aufgenommen worden wären, und sie haben dieses Schlussprotokoll in einem Exemplar unterzeichnet, welches in dem Archiv der Portugiesischen Regierung niedergelegt und jedem Theile in Abschrift zugestellt werden wird.

Geschehen in Lissabon, den einundzwanzigsten März Eintausend achthundert- und funfundachtzig.

(Folgen die Unterschriften.)

(Uebersetzung.)

(No. 1655.) Arrangement concernant le service des recouvrements, conclu entre l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, l'Égypte, la France, l'Italie, la République de Libéria, le Luxembourg, le Portugal, les Colonies Portugaises, la Roumanie et la Suisse. Du 21 mars 1885.

(Nr. 1655.) Uebereinkommen, betreffend den Postauftragsdienst, geschlossen zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Egypten, Frankreich, Italien, der Republik Liberia, Luxemburg, Portugal, den Portugiesischen Kolonien, Rumänien und der Schweiz. Vom 21. März 1885.

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus dénommés, ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, arrêté l'Arrangement suivant:

ARTICLE PREMIER.

L'échange des valeurs à recouvrer par la poste entre ceux des pays contractants qui conviennent de se charger réciproquement de ce service, est régi par les dispositions du présent Arrangement.

ARTICLE 2.

1. Sont admis à l'encaissement les quittances, factures, billets à ordre, traites et généralement toutes les valeurs commerciales ou autres, payables sans frais, et dont le montant n'excède pas, par envoi, 1 000 francs effectifs ou une somme équivalente dans la monnaie de chaque pays. Les Administrations des postes de deux pays correspondants peuvent, d'un commun accord, adopter un maximum plus élevé.

2. Les Administrations des postes des pays contractants peuvent également se charger de faire protester

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der Regierungen der vorstehend genannten Länder haben im gemeinsamen Einverständniß und unter Vorbehalt der Ratifikation folgendes Uebereinkommen abgeschlossen:

Artikel 1.

Der Austausch der im Wege des Postauftrages einzuziehenden Werthpapiere zwischen denjenigen der vertragschließenden Länder, welche verabreden, für die gegenseitigen Beziehungen sich mit diesem Dienstzweige zu befassen, unterliegt den Bestimmungen des gegenwärtigen Uebereinkommens.

Artikel 2.

1. Zur Einziehung sind zugelassen Quittungen, Rechnungen, Anweisungen, Wechsel und überhaupt alle Handels- und sonstigen Werthpapiere, welche ohne Kosten zahlbar sind und für jede einzelne Sendung den Betrag von 1000 Franken Metallgeld oder eine entsprechende Summe in der Währung eines jeden Landes nicht übersteigen. Die Postverwaltungen von zwei mit einander im Verkehr stehenden Ländern können im gemeinsamen Einverständniß einen höheren Meistbetrag zulassen.

2. Die Postverwaltungen der vertragschließenden Länder können es auch übernehmen, Handelspapiere protestiren zu

les effets de commerce et prendre, d'un commun accord, les dispositions nécessaires au sujet de ce service.

ARTICLE 3.

Le montant des valeurs à recouvrer par la poste doit être exprimé en monnaie du pays chargé du recouvrement.

ARTICLE 4.

1. L'envoi des valeurs à recouvrer est fait sous forme de lettre recommandée, adressée directement par le déposant au bureau de poste qui doit encaisser les fonds.

2. Le même envoi peut contenir plusieurs valeurs recouvrables par un même bureau de poste sur des débiteurs différents, au profit d'une même personne.

ARTICLE 5.

1. La taxe d'un envoi fait en conformité de l'article 4 précédent est celle d'une lettre recommandée du poids de cet envoi. Cette taxe appartient en entier à l'Administration des postes du pays d'origine.

2. Un récépissé de l'envoi est remis gratuitement à l'intéressé, au moment du dépôt.

ARTICLE 6.

Il n'est pas admis de paiement partiel. Chaque valeur doit être payée intégralement et en une seule fois, sinon, elle est tenue comme refusée.

ARTICLE 7.

1. L'Administration des postes chargée de l'encaissement prélève, sur le montant de chaque valeur

lassen, und im gemeinsamen Einverständniß die erforderlichen Bestimmungen über diesen Dienst treffen.

Artikel 3.

Der Betrag der zur Einziehung zu bringenden Werthpapiere muß in der Währung des mit der Einziehung beauftragten Landes angegeben sein.

Artikel 4.

1. Die Uebersendung der zur Einziehung zu bringenden Werthpapiere erfolgt mittelst Einschreibbriefes, den der Absender unmittelbar an die Postanstalt zu richten hat, welche die Einziehung bewirken soll.

2. Eine und dieselbe Sendung darf mehrere Werthpapiere enthalten, welche von einer und derselben Postanstalt bei mehreren Zahlungspflichtigen zu Gunsten eines und desselben Absenders einzuziehen sind.

Artikel 5.

1. Die Taxe für eine dem vorhergehenden Artikel 4 entsprechende Sendung ist diejenige für einen Einschreibbrief von dem Gewicht dieser Sendung. Diese Taxe verbleibt ungetheilt der Postverwaltung des Aufgabelandes.

2. Ein Einlieferungsschein wird dem Betheiligten bei Aufgabe der Sendung unentgeltlich ausgehändigt.

Artikel 6.

Theilzahlungen sind nicht gestattet. Jedes Werthpapier muß zum vollen Betrage und auf ein Mal eingelöst werden, anderenfalls gilt dasselbe als verweigert.

Artikel 7.

1. Die mit der Einziehung beauftragte Postverwaltung erhebt von dem Betrage eines jeden eingelösten Werthpapiers eine



encaissée, une rétribution de 10 centimes ou l'équivalent dans la monnaie du pays de destination.

2. Le produit de cette rétribution ne donne lieu à aucun décompte entre les Administrations intéressées.

ARTICLE 8.

Dans les relations qui comportent actuellement la perception d'un droit d'encaissement supérieur à celui fixé par l'article précédent, les Administrations intéressées ont la faculté de conserver provisoirement le droit en vigueur, pourvu que, dans ces mêmes relations, la taxe de dépôt prévue à l'article 5 soit limitée à un droit fixe de 25 centimes.

ARTICLE 9.

1. La somme recouvrée, après déduction:

- a. de la rétribution fixée à l'article 7, ou à l'article 8, suivant le cas,
- b. de la taxe ordinaire des mandats de poste, et
- c. s'il y a lieu, des droits fiscaux appliqués aux valeurs,

est convertie, par le bureau qui a fait le recouvrement, en un mandat de poste au profit du déposant. Ce mandat lui est envoyé sans frais.

2. Les valeurs qui n'ont pu être recouvrées sont renvoyées au bureau de dépôt en franchise de port et sans être grevées d'un droit quelconque. L'Administration des postes chargée du recouvrement n'est tenue à aucune mesure con-

Gebühr von 10 Centimen oder den entsprechenden Betrag in der Währung des Bestimmungslandes.

2. Der Ertrag dieser Einziehungsgebühr bildet keinen Gegenstand der Abrechnung zwischen den beteiligten Verwaltungen.

Artikel 8.

Insofern in den jetzt bestehenden Beziehungen die Erhebung einer höheren als der im vorhergehenden Artikel festgesetzten Einziehungsgebühr erfolgt, können die beteiligten Verwaltungen die zur Zeit bestehende Gebühr vorläufig beibehalten, vorausgesetzt, daß im Verkehr zwischen diesen Ländern die im Artikel 5 vorgesehene, bei der Einlieferung zu entrichtende Taxe auf eine feste Gebühr von 25 Centimen beschränkt wird.

Artikel 9.

1. Der eingezogene Betrag wird, nach Abzug

- a) der im Artikel 7 beziehungsweise Artikel 8 festgesetzten Einziehungsgebühr,
- b) der gewöhnlichen Postanweisungsgebühr, und
- c) eintretendenfalls der für die Werthpapiere aufgewendeten Stempelgebühren,

dem Auftraggeber von der Postanstalt, welche die Einziehung bewirkt hat, durch Postanweisung übermittelt. Diese Postanweisung wird dem Auftraggeber kostenfrei übersandt.

2. Diejenigen Werthpapiere, deren Betrag nicht hat eingezogen werden können, werden portofrei und ohne Anrechnung irgend welcher Gebühren an die Aufgabepostanstalt zurückgesandt. Die mit der Einziehung beauftragte Postverwaltung ist zu keinerlei Verwahrungsmaß-

servatoire, ou constatation de nature quelconque du non-paiement.

#### ARTICLE 10.

1. Les dispositions de l'Arrangement concernant l'échange des mandats de poste sont applicables, en tout ce qui n'est pas contraire au présent Arrangement, aux mandats de poste délivrés en vertu de l'article 9 précédent, pour la liquidation des valeurs recouvrées par la poste.

2. Ces mandats sont admis jusqu'au maximum fixé en vertu du premier paragraphe de l'article 2.

#### ARTICLE 11.

1. Sauf le cas de force majeure, en cas de perte d'une lettre recommandée contenant des effets à recouvrer, il est payé au déposant une indemnité de 50 francs dans les conditions déterminées par la Convention principale. La réserve contenue au dernier alinéa de l'article 6 *bis* de cette Convention n'est toutefois pas applicable aux envois de recouvrements.

2. En cas de perte de sommes encaissées, l'Administration au service de laquelle la perte est attribuable, est tenue au remboursement intégral des sommes perdues.

#### ARTICLE 12.

Les Administrations ne sont tenues à aucune responsabilité du chef de retards dans la transmission, soit des lettres recommandées contenant les valeurs à

regel oder zur Feststellung der Nichteinlösung in irgend einer Form verpflichtet.

#### Artikel 10.

1. Die Festsetzungen des Uebereinkommens, betreffend den Austausch von Postanweisungen, finden auch auf die Postanweisungen, mittelst deren nach Maßgabe des Artikels 9 die Abführung der durch die Post eingezogenen Werthpapierbeträge erfolgt, Anwendung, soweit nicht in dem gegenwärtigen Uebereinkommen etwas anderes bestimmt ist.

2. Diese Postanweisungen sind bis zu dem im ersten Paragraphen des Artikels 2 festgesetzten Meistbetrage zulässig.

#### Artikel 11.

1. Im Falle des Verlustes eines Einschreibbriefes, welcher zur Einziehung zu bringende Werthpapiere enthält, wird dem Auftraggeber, den Fall höherer Gewalt ausgenommen, eine Entschädigung von 50 Franken unter den im Hauptvertrage festgesetzten Bedingungen gezahlt. Der im letzten Absatz des Artikels 6 *b* dieses Vertrages gemachte Vorbehalt findet jedoch auf Postauftragsendungen keine Anwendung.

2. Im Falle des Verlustes eingezogener Geldbeträge ist diejenige Verwaltung, deren Betrieb der Verlust zur Last zu legen ist, zur Erstattung der verloren gegangenen Summen zum vollen Betrage verpflichtet.

#### Artikel 12.

Die Verwaltungen übernehmen keinerlei Verantwortlichkeit für Verzögerungen in der Beförderung der Einschreibbriefe mit zur Einziehung zu bringenden Werthpapieren, dieser Werthpapiere selbst oder

recouvrer, soit de ces valeurs elles-mêmes ou des mandats de paiement.

#### ARTICLE 13.

Les stipulations du présent Arrangement ne portent pas restriction au droit des parties contractantes, de maintenir et de conclure des arrangements spéciaux, ainsi que de maintenir et d'établir des unions plus restreintes, en vue d'améliorer le service des recouvrements internationaux.

#### ARTICLE 14.

En outre, le présent Arrangement ne porte pas atteinte à la législation intérieure des pays contractants, dans tout ce qui n'est pas prévu par cet Arrangement.

#### ARTICLE 15.

1. Il est entendu qu'à défaut de dispositions formelles du présent Arrangement, chaque Administration a la faculté d'appliquer les dispositions régissant la matière dans son service intérieur.

2. Il est toutefois formellement interdit de percevoir, soit dans le pays d'origine, soit dans le pays de destination, une taxe ou rétribution quelconque autre que celles qui sont prévues par le présent Arrangement.

#### ARTICLE 16.

Chaque Administration peut, dans des circonstances extraordinaires de nature à justifier la mesure, suspendre temporairement le service des recouvrements, d'une manière générale ou partielle, sous la condition d'en donner immédiatement avis, au besoin par voie télégra-

der Postanweisungen zur Uebermittlung der eingezogenen Geldbeträge.

#### Artikel 13.

Die Festsetzungen des gegenwärtigen Uebereinkommens beschränken nicht die Befugniß der vertragschließenden Theile, besondere Abkommen unter sich bestehen zu lassen oder neu zu schließen, sowie engere Vereine aufrecht zu erhalten oder zu bilden, zur weiteren Erleichterung des internationalen Postauftragsdienstes.

#### Artikel 14.

Auch berührt das gegenwärtige Uebereinkommen in keiner Weise die innere Gesetzgebung der vertragschließenden Länder in allem, was durch dieses Uebereinkommen nicht vorgesehen ist.

#### Artikel 15.

1. Soweit nicht das gegenwärtige Uebereinkommen ausdrückliche Bestimmung trifft, soll jede Verwaltung befugt sein, die bezüglichlichen Bestimmungen ihres inneren Verkehrs in Anwendung zu bringen.

2. Es wird jedoch ausdrücklich untersagt, sei es im Aufgabelande oder im Bestimmungslande, irgend welche anderen Taxen oder Gebühren zu erheben, als diejenigen, welche durch das gegenwärtige Uebereinkommen vorgesehen sind.

#### Artikel 16.

Jede Verwaltung kann unter außergewöhnlichen Verhältnissen, welche geeignet sind, eine derartige Maßnahme zu rechtfertigen, den Postauftragsdienst vorübergehend ganz oder theilweise einstellen, unter der Bedingung, daß sie die betheiligte Verwaltung oder die betheiligten Verwaltungen davon unver-

phique, à l'Administration ou aux Administrations intéressées.

ARTICLE 17.

1. Les Administrations des postes des pays contractants admettent au service des recouvrements tous les bureaux chargés du service des mandats de poste internationaux.

2. Elles règlent, d'un commun accord, le mode du dépôt et de l'envoi des valeurs à recouvrer, ainsi que toutes les autres mesures de détail ou d'ordre nécessaires pour assurer l'exécution du présent Arrangement.

ARTICLE 18.

Les États de l'Union qui n'ont point pris part au présent Arrangement, seront admis à y adhérer sur leur demande et dans la forme prescrite par la Convention principale en ce qui concerne les adhésions à l'Union postale universelle.

ARTICLE 19.

1. Dans l'intervalle qui s'écoule entre les réunions prévues par la Convention principale, toute Administration des postes d'un des pays contractants a le droit d'adresser aux autres Administrations participantes, par l'intermédiaire du Bureau international, des propositions concernant le service des recouvrements. Mais pour devenir exécutoires, ces propositions doivent réunir, savoir:

1°. L'unanimité des suffrages, s'il s'agit de la modification des articles 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 18, 19 et 20 du présent Arrangement;

züglich, nöthigenfalls auf telegraphischem Wege, in Kenntniß setzt.

Artikel 17.

1. Die Postverwaltungen der vertragschließenden Länder lassen an dem Auftragsdienst alle mit dem internationalen Postanweisungsdienst beauftragten Postanstalten theilnehmen.

2. Sie werden im gemeinsamen Einverständnis die Form der Einlieferung und der Ueberfendung der zur Einziehung zu bringenden Werthpapiere, sowie alle weiteren Dienstvorschriften festsetzen, welche erforderlich sind, um die Ausführung des gegenwärtigen Uebereinkommens zu sichern.

Artikel 18.

Denjenigen Vereinsstaaten, welche an dem gegenwärtigen Uebereinkommen nicht theilgenommen haben, ist der Beitritt auf ihren Antrag, und zwar in der durch den Hauptvertrag für den Eintritt in den Weltpostverein vorgeschriebenen Form, gestattet.

Artikel 19.

1. Innerhalb der Zeit, welche zwischen den im Hauptvertrage vorgesehenen Versammlungen liegt, ist jede Postverwaltung eines der vertragschließenden Länder berechtigt, den übrigen dem Uebereinkommen beigetretenen Verwaltungen durch Vermittelung des internationalen Büreaus Vorschläge in Betreff des Postauftragsdienstes zu unterbreiten. Um indeß vollstreckbar zu werden, müssen diese Vorschläge erhalten:

1. Einstimmigkeit, wenn es sich um Abänderung der Artikel 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 18, 19 und 20 des gegenwärtigen Uebereinkommens handelt;

2°. Les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification de l'article 17;

3°. La simple majorité absolue, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement.

2. Les résolutions valables sont consacrées, dans les deux premiers cas, par une déclaration diplomatique, et dans le troisième cas, par une notification administrative, selon la forme prévue par la Convention principale.

#### ARTICLE 20.

1. Le présent Arrangement entrera en vigueur le 1<sup>er</sup> avril 1886.

2. Il aura la même durée que la Convention principale, sans préjudice du droit réservé à chaque pays, de se retirer de cet Arrangement moyennant un avis donné, un an à l'avance, par son Gouvernement au Gouvernement de la Confédération Suisse. Pendant cette dernière année, l'Arrangement continuera d'avoir son exécution pleine et entière, sans préjudice de la liquidation et du solde des comptes après l'expiration dudit terme.

3. Sont abrogées, à partir du jour de la mise à exécution du présent Arrangement, toutes les dispositions convenues antérieurement entre les divers Gouvernements ou Administrations des parties contractantes, pour autant qu'elles ne seraient pas conciliables avec les termes du présent Arrangement, le tout sans préjudice des droits réservés par l'article 13.

4. Le présent Arrangement sera ratifié aussitôt que faire se pourra.

2. zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um Abänderung des Artikels 17 handelt;

3. einfache Stimmenmehrheit, wenn es sich um Auslegung der Bestimmungen des gegenwärtigen Uebereinkommens handelt.

2. Die gültigen Beschlüsse werden in den beiden ersten Fällen durch eine diplomatische Erklärung, im dritten Falle durch eine Benachrichtigung im Verwaltungswege in der im Hauptvertrage bezeichneten Form bestätigt.

#### Artikel 20.

1. Das gegenwärtige Uebereinkommen wird am 1. April 1886 in Kraft treten.

2. Es soll gleiche Dauer haben wie der Hauptvertrag, unbeschadet des jedem Lande vorbehaltenen Rechts, von dem Uebereinkommen zurückzutreten, wenn die Regierung des betreffenden Landes diese Absicht ein Jahr im Voraus der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft angezeigt hat. Während dieses letzten Jahres bleibt das Uebereinkommen voll und ganz in Kraft, unbeschadet der Abwicklung und Saldirung der Abrechnungen nach Ablauf des gedachten Zeitraumes.

3. Mit dem Tage der Ausführung des gegenwärtigen Uebereinkommens treten alle früher zwischen den verschiedenen Regierungen oder Verwaltungen der vertragschließenden Theile vereinbarten Bestimmungen insoweit außer Kraft, als sie mit den Festsetzungen des gegenwärtigen Uebereinkommens nicht im Einklang stehen, unbeschadet indeß der im Artikel 13 vorbehaltenen Rechte.

4. Das gegenwärtige Uebereinkommen soll sobald als möglich ratifizirt werden.

Les actes de ratification seront échangés à Lisbonne.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des pays ci-dessus dénommés ont signé le présent Arrangement à Lisbonne, le vingt et un mars mil huit cent quatre-vingt-cinq.

Die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden soll zu Lissabon stattfinden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der oben genannten Länder das gegenwärtige Uebereinkommen unterzeichnet zu Lissabon, den einundzwanzigsten März Eintausend achthundertundfünfundachtzig.

**Pour l'Allemagne:**

Sachse.  
Fritsch.

**Pour la France:**

Laboulaye.  
A. Besnier.

**Pour les Colonies  
Portugaises:**

Guilhermino Augusto de Barros.

**Pour l'Autriche:**

Dewez.  
Varges.

**Pour l'Italie:**

J. B. Tantesio.

**Pour la Roumanie:**

Jon Ghika.

**Pour la Hongrie:**

Gervay.

**Pour le Luxembourg:**

Ch. Rischard.

**Pour la Suisse:**

Ed. Höhn.

**Pour la Belgique:**

F. Gife.

**Pour le Portugal:**

Guilhermino Augusto de Barros.  
Ernesto Madeira Pinto.

**Pour la République  
de Libéria:**

Comte Senmarti.

Die vorstehenden Zusatzabkommen vom 21. März 1885

a) zum Weltpostvertrag vom 1. Juni 1878, nebst Schlussprotokoll,

b) zum Uebereinkommen vom 1. Juni 1878, betreffend den Austausch von Briefen mit Werthangabe,

c) zum Uebereinkommen vom 4. Juni 1878, betreffend den Austausch von Postanweisungen,

d) zur Uebereinkunft vom 3. November 1880, betreffend den Austausch von Postpaketen, nebst Schlussprotokoll,

sowie das Uebereinkommen vom 21. März 1885, betreffend den Postauftragsdienst, sind ratifizirt worden. Die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden hat in Lissabon stattgefunden.